

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringeroper Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Pettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 12.

Sonntag, den 19. März.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gelangt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zum 18. März.

Wieder sind die Iden des März erschienen, da einst ein Diktator wie Julius Cäsar unter den Dolchstichen der Freiheitsfreunde fiel, weil er sich die Königskrone auf das Haupt setzen wollte, die Iden des März, da sich vor 57 Jahren in Berlin, Wien und Paris das Volk gegen die Feudalität und den alten Polizeistaat erhob, um der modernen Staatsentwicklung Luft und Licht zu verschaffen, da auch vor 34 Jahren die Kommune in Paris ihr Haupt gegen die schamlose Bourgeoisie des dritten Napoleons, die sogenannten „Versailler“, erhob, um darzutun, daß Gemeinwesen auch ohne ausbeutendes Unternehmertum, ohne Diebstahl und Korruption möglich sind und der Repräsentativstaat für ein kollektivistisches Gemeinwesen zu den überwindenden Standpunkten gehört. Und eben jetzt können wir die Erhebung der Intelligenz und der Arbeiterklasse in Rußland gegen den korrupten Zsarisismus in unsere Märzfeier einbeziehen, jene Feier des modernen Geistes über den Despotismus, der durch die denkwürdigen Siege der japanischen gelben Rasse über die gegenüber der europäischen Kultur noch halbbarbarischen Russen auf den Schlachtfeldern der Mandschurie ein so denkwürdiges Relief erhalten hat.

Revolutionen sind reinigende Gewitter, schrieb einmal einer der edelsten Patrioten, Ludwig Börne, und sie sind es, wenn wir die Evolution als das Wesen allen organischen, gesellschaftlichen Fortschritts ansehen, insofern sind Revolutionen Marksteine der Kulturentwicklung, und die Kämpfe von 1848 und 1849 in Deutschland verdienen diesen Namen, da damals nicht bloß eine politische Revolution, wie solche der Liberalismus zu machen glaubte, sondern zugleich auch eine soziale Revolution vor sich ging, die neben der aufkommenden Bourgeoisie auch dem Arbeiter, dem Proletariat, ein „Bahn frei“ zeigte. Damals kämpfte das Bürgertum in Deutschland und Oesterreich gegen den Feudaladel, wie 1789 das französische Bürgertum gegen den Grandseigneur des feudalen Königtums, Ablösung der häuerlichen Lasten, Mobilisierung des Besitzes, Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Wechselrecht, Münzrecht usw. war die Lösung, und der Verfallung in der Frankfurter Paulskirche lagen neben Petitionen armer Weber aus Reichenbach im sächsischen Erzgebirge um Brot und Arbeit und Anerkennung des Rechts auf Arbeit, auch 540 Petitionen für die Rettung des Handwerks vor, während zugleich ein Handwerkerkongress am 15. Juli 1848 zu Frankfurt protest gegen die drohende Gewerbefreiheit erhob. Nur die Arbeiter gingen leer aus, wie schon 1795 in Frankreich die „Gleichen“ unter Babeuf, nachdem die Bourgeoisie durch die Hauptarbeit des Volkes ans Ruder gelangt war. Am 13. März 1848 erhob sich Wien, am 18. März desselben Jahres Berlin. In Berlin gab es 216 Tote, deren Leiber vom Volk vor dem königlichen Schloß vorbeigezogen wurden und der König gezwungen war, vor den Märtyrern der Freiheit das Haupt zu entblößen. Aber die Reaktion kam, weil die Bourgeoisie vor den siegreichen Arbeitern Angst hatte; noch auf den Barrikaden schloß sie mit der Monarchie Frieden und gewährte derselben, sowie dem Feudaladel gegen die Gewährung der Ausbeutungsfreiheit der Arbeiter Pardon, indem sie die Kämpfenden zugleich verriet. Am 1. November 1848 fiel Wien und Robert Blum wurde von Windischgrätz erschossen, in demselben Monate fiel Berlin gegen Wrangels Bajonette, während im Juni 1848 bereits die Straßenschlacht in Paris gegen das arbeitende Volk entschieden hatte, weil auch das Kleinbürgertum bürgerlich borniert war.

Lediglich die Bourgeoisie siegte. Der Feudalismus in Galizien (Robote) wurde durch die Bauern niedergeschlagen, in Deutschland wurde der Einfluß der Junker zurückgedrängt und die Ablösung der häuerlichen Lasten erreicht. Die Bourgeoisie, politisch unterlegen, blieb dennoch sozial siegreich und ihr erstes, was sie tat, war, die Throne, die sie bisher bekämpft, zu stützen, alle Militärforderungen zu gewähren, die „Solidarität der Besitzenden“ zu verkünden und gemeinsam mit den reaktionären Regierungen künstlich kombinierte Wahlgesetze, und eine Volksvertretung ohne Arbeiter zu schaffen. Unter dem Nimbus des Königtums wurde die Klassenherrschaft als Parlamentarismus aufgerichtet, nur gegen die Arbeiter blieb vorerst der alte Polizeistaat bestehen.

So lohnte der politische Liberalismus, der ökonomisch der Kapitalismus ist, den Arbeitern, die auf den Barrikaden für die Liberalen ihr Blut vergossen hatten. Kein Koalitionsrecht für die Arbeiter, keine politischen Wahlrechte, ein kümmerliches Vereins- und Versammlungsrecht, dagegen schamloseste Ausbeutung der Arbeitskraft bezeichnen den Weg, den die Bourgeoisie nach Niederwerfung der

Revolution gegangen ist. Stück für Stück gaben Demokratie und Liberalismus ihre ehemaligen Ideale preis. Die feudalen Gefindeordnungen sind noch heute nicht beseitigt, wir entbehren noch jetzt der allgemeinen Geschworenen-gerichte auch für Prehangelegenheiten, das Dreiklassenwahlrecht herrscht in Preußen und Sachsen, rückständige, halbfeudale Gemeindefassungen mit stiefmütterlicher Behandlung der Arbeiter in der Gemeindevertretung, der Mangel jeglichen Frauen-Wahl- und Stimmrechts deuten jene großen Unterlassungssünden jenes Bürgertums an, die sich bis heute in den Majestätsbeleidigungsprozessen, dem geschwollenen Militär- und Flottenetat, den mangelnden Reichstagsdiäten, rächen und schon vor Jahrzehnten dem ehemaligen 48er Demokraten Ludwig Bamberger den Ausruf: „Sunde sind wir ja doch!“ entlockten.

Und diesem Scheininstitutionalismus, unter welchem unsere Bourgeoisie die große Industrie ins Leben rief und ungeheure Reichtümer aufhäufte — gemünzter Schweiß der Lohnarbeiter! — traten später zur Seite ein Sozialistengesetz, und der Versuch, ein Buchhausgesetz gegen die streikenden Arbeiter zu machen.

So gingen die Kämpfe von 1848/49 in Deutschland, Oesterreich und selbst in Frankreich zunächst zumungunsten für die Barrikadenkämpfer von damals aus, aber das Proletariat ist der Erbe der Forderungen von 1848 und 1795 geworden, und wie die Bourgeoisie stets ihre politische Herkunft verleugnen mag, und die Entel derer, die einst für die Freiheit und ein „einiges großes Deutschland“ fielen, bekämpft, wie sehr auch das Unternehmertum gegen das „eine gefährliche Rot“ eifert und die Organisationen der Arbeiter zersprengen möchte, so halten doch die Arbeiter an den einstigen Idealen des Liberalismus fest, werden Vollstrecker der Forderungen derselben, soweit solche noch nicht erfüllt sind und erobern sich Schritt für Schritt neues Terrain, indem sie gleichzeitig ihre Organisationen ausbauen und die öffentliche Meinung für den Sozialismus, jene Anschauung der organisierten Arbeiter erobern. Die Arbeiter sind das Gewissen der ehemaligen liberalen Bourgeoisie, der sie Stoß auf Stoß beibringen, bis sich dieselbe hinter der Pfaffenkutte und den 8 Millimeter-Gewehren versteckt und in aller Form ihren politischen Bankrott ansagen muß.

Die Arbeiter sind die Vollstrecker der Volksforderungen von 1848/49; sie sind die Vertreter der neuen proletarischen Ideen; sie allein denken an jedem 18. März jener teuren Toten, die einst im Völkerfrühling für die Freiheit starben.

Am 18. März gedenken sie aber auch der braven Kommunisten von 1871, die für die Erstrebung der Proletariats-herrschaft in Paris an der Mauer der Föderierten erschossen und in den Straßen von der Versailler Soldateska gemordet oder nach Neukaledonien verbannt und an die Deutschen ausgeliefert wurden, die der Verräter Thiers und Blutgeneräle wie Gallifet als „Abscham der Menschheit“ behandelten. Unsere Sympathie und unser Gedenken gelten also heute auch unseren Brüdern von der ehemaligen Pariser Kommune.

Heute ist keine Revolution im Heugabelsinne mehr möglich. Mit Säbel und Musfete arbeitet das moderne Proletariat nicht mehr. Große Arbeitervereinigungen geben heute die Organisationsform der Massen an, mit dem Stimmgabel in der Hand und der Arbeiterpresse, dem Verein und der Versammlung arbeitet das Proletariat von jetzt. Die Eroberung der Parlamentstribüne, die Besetzung der verschiedenen einflussreichen Positionen in Kommune, Staat und Reich ist der organisierten Arbeiterschaft nächste Tätigkeit und Ziel, um allmählich die politische Macht zu erobern. Sinter der fromm gewordenen feisten Bourgeoisie erhebt sich das Proletariat riesengroß, der Nationalitätsgedanke wird verdrängt durch den Internationalitätsgedanken und jede Erfüllung früherer Forderungen aus der politischen Sturm- und Drangperiode des Bürgertums darf das arbeitende Volk als seinen Erfolg für sich in Anspruch nehmen.

So sind unsere großen Vorkämpfer nicht ohne Räucher und Willensvollstrecker geblieben. Auch die Vergeltungsstunde für das Proletariat naht immer mehr heran. Die Iden des März werden sich erfüllen. Und so sagen wir mit dem Dichter:

O glaubt, unsterblich sind Ideen,
Wenn auch den Kämpfern brach das Herz,
Und nicht vergeblich sind geschehen
Die großen Taten einst im März.
Des März's Stürme fliegen lausend
Dem Frühling der Natur voran,
Es künden Ungewitter brausend
Auch einen Völkerfrühling an.

Eine Betrachtung über die Fluktuation der Mitglieder in dem Tabakarbeiter-Verbande.

Seit einer Reihe von Jahren beschäftigen sich unsere Generalversammlungen mit der Frage, auf welche Weise es möglich ist, dem Verband neue und mehr Mitglieder nicht nur zuzuführen, sondern dieselben auch dauernd für den Verband zu erhalten. Diese Frage richtig zu lösen, ist nicht allein das Bestreben des Tabakarbeiterverbandes, auch alle andern Berufe haben ein lebhaftes Interesse daran, Mittel und Wege zu suchen, die neugewonnenen Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Das ist für die Gewerkschaftsverbände, wollen und sollen sie ihre Aufgaben ganz erfüllen, von großer Wichtigkeit, denn nur mit einer strammen Organisation sind erfolgreiche Kämpfe durchzuführen. Vergewärtigen wir uns nun, daß von 112 000 organisationsfähigen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen nur ca. 20 000 dem Verbande angehören, so ist es ohne weiteres klar, daß mit diesen 20 000 Mitgliedern durchgreifende Arbeits- und Lohnaufbesserungen für die Tabakarbeiter nicht zu erringen sind. Woran liegt es aber, daß unser Verband eine wesentliche Mitgliederzunahme nicht zu verzeichnen hat? Was, frage ich, ist schuld, daß die Tabakarbeiter, die einstmal an der Spitze der Arbeiterbewegung marschierten, heute so zurückstehen? Hoffte ich, daß die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter ein großes Teil mit dazu beigetragen hat, daß viele dem Verbande gleichgültig gegenüberstehen. Aber wenn wir in Betracht ziehen, daß wir durch das tägliche stille Zusammenstehen die Möglichkeit haben, uns gegenseitig aufzuklären und zu belehren, so müssen wir immer und immer wieder fragen, woran liegt es? Dazu kommt noch, daß der Verband jährlich schöne Summen für die Agitation ausgibt. Die Sache liegt tiefer, zu dieser Ansicht muß man gelangen, wenn man das fortwährende Aus- und Eintreten der Mitglieder in unserem Verbande beobachtet. Vor mir liegt das Protokoll der letzten Generalversammlung. Daraus entnehme ich, daß von Januar 1901 bis zum Schlusse des Jahres 1902 9716 Mitglieder in den Verband eingetreten sind; davon sind nun aber in demselben Zeitraum 8950 Mitglieder wieder ausgetreten bzw. gestrichen. Das gibt zu denken!

Im allgemeinen ist die Ansicht unter den Mitgliedern vorherrschend, die Fluktuation der Mitglieder sei auf die innere Einrichtung, also die Form des Verbandes, zurückzuführen. Infolgedessen bemühen sich die Delegierten, wenigstens ein großer Teil derselben, auf der Generalversammlung fortgesetzt um den Ausbau der Unterstützungs-einrichtungen. Andere wieder sind entgegengesetzter Meinung. Durch die Einführung der Unterstützungsarten entzündeten zu hohe Beiträge, die die Mitglieder nicht er-schwingen können, meinen sie. Auch werde dadurch dem Verbande der Kampfcharakter genommen. Das sind nun zwar zwei entgegengesetzte Anschauungen und Richtungen, aber beide Richtungen haben dabei die eheliche Ueberzeugung und Absicht, nur das Beste für den Verband zu wollen, um ihm neue Mitglieder zu gewinnen.

Wenn nun auch in großen und ganzen es richtig sein mag, daß der Mitgliederbestand von der inneren Beschaffenheit des Verbandes abhängig ist, so ist der Grund für die so häufigen Abmeldungen aus dem Verband nach meiner Meinung wo anders zu suchen. Um es gleich auszusprechen, die weitere Ursache der Fluktuation der Mitglieder wurzelt in den vielen persönlichen Zwistigkeiten der Mitglieder untereinander. Veranlassung zu diesen Zwistigkeiten geben in den meisten Fällen die Bevollmächtigten; dieser Vorwurf ist, wie wir gleich sehen werden, gerecht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die meisten Arbeiter nicht aus Idealismus, sondern aus materiellen Gründen sich organisieren. Die einen, um bei Krankheit, die andern, um bei Arbeitslosigkeit eine Hilfe zu haben usw. Allerdings ist es nun Aufgabe der Organisation, die Mitglieder zu schulen, sie zur Solidarität zu erziehen, damit sie ihre Organisation hochhalten und ihr treu bleiben. Doch ist das nicht so leicht und geht auch nicht so schnell. Vorkäuflich haben wir es hier mit Nekruten, die erst geschult werden sollen, zu tun, das ist zu berücksichtigen. Diese noch nicht richtig aufgeklärten Mitglieder werfen bei den geringsten Anlässen die Flinte wieder ins Korn, d. h. sie kehren dem Verbande den Rücken.

Hier haben es die Bevollmächtigten sehr oft in der Hand, höhrend und belehrend zu wirken, um die Betreffenden beim Austritt abzuhalten. Aber da zeigt es sich, daß nur wenige Bevollmächtigte ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Aber auch bei andern Gelegenheiten zeigt es sich, daß die Bevollmächtigten durch falsche Maßnahmen die Mitglieder dem Verbande entfremden. Nur einige Fälle

feien erwähnt. Die Wichtigkeit der Mitgliederversammlungen dürfte wohl allen aufgeklärten Kollegen einleuchten. Versammlungen abzuhalten, sollten sich die Bevollmächtigten, denen es mit der Schulung der Mitglieder ernst ist, zur Pflicht machen. Die Versammlungen dienen dazu, sich gegenseitig aufzuklären und den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich über alle wichtigen Fragen und Angelegenheiten zu unterhalten und auszusprechen. Aber wie sieht es nun in Wirklichkeit mit den Versammlungen aus? Wohl gibt es manche Zahlstellen, die durch örtliche Verhältnisse daran verhindert sind, Versammlungen abzuhalten, aber es gibt dennoch genug Zahlstellen, die diese wichtige Aufgabe vernachlässigen und überhaupt keine abhalten. Aber selbst diejenigen Zahlstellen, die Versammlungen abhalten, vermögen in der Regel nicht, bei den Mitgliedern Interesse für die Versammlungen zu erwecken. Anstatt den Grund zu erforschen und für Abhilfe zu sorgen, beklagt man sich im Tabakarbeiter über den schlechten Versammlungsbesuch und meint, es liege an der Gleichgültigkeit der Mitglieder. Daß es aber gerade die Bevollmächtigten sind, die durch ihre falsche Handhabung der zu erledigenden Angelegenheiten den Mitgliedern das Versammlungswesen leicht machen, wird nicht eingesehen. Und doch ist es so. Pünktliches Eröffnen und nicht zu langem Zagen der Versammlungen ist eine der ersten Vorbedingungen, vollbesetzte Versammlungen zu erzielen. Die Klage der Mitglieder, daß sie den Tag nach der Versammlung bei der Arbeit zu müde sind und deshalb nicht wieder kommen, ist berechtigt. Also lieber mal öfter Versammlungen abhalten, statt bis spät in die Nacht zu tagen! Ferner spielt die Tagesordnung, der zu behandelnde Stoff eine große Rolle. Und wie sieht es nun mit der Tagesordnung aus? In der Regel lautet sie: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Bevollmächtigten; 3. Verschiedenes. Also rein geschäftliche Gegenstände. Was wunder, wenn die Mitglieder fernbleiben aus den Versammlungen und sich mit dem Hintertisch, es lag ja nichts besonderes vor, entschuldigen.

Doch weiter! Nachdem der erste und zweite Punkt erledigt, geht's zum dritten, Verschiedenes! Bei diesem so bekannten Punkt wird nun alles mögliche und unmögliche hergebracht. Weist gibt es dabei persönliche Nechthabereien. Wehe dem Mitglied, das sich vielleicht aus Unkenntnis hat etwas zuschulden kommen lassen. Mit peinlicher Genauigkeit und bis in alle Einzelheiten werden diese Sachen erörtert und breitgetreten. Das Ende vom Liede ist, dieser oder jener glaubt sich beleidigt und kommt in der nächsten Versammlung nicht wieder, oder, was noch schlimmer ist, kehrt dem Verbands den Rücken. Wer war daran schuld? Die Bevollmächtigten. Aber was können denn diese dafür? — wird man einwenden. Nun, durch Aufstellung einer besseren Tagesordnung können sie die Mitglieder von den persönlichen Saarspaltereien abhalten. Es braucht nicht immer ein Referent anwesend zu sein! Stoff, eine Diskussion in Fluß zu bringen, ist genügend vorhanden, z. B. das Statut des Verbandes allen Mitgliedern einzuschärfen, ist, das beweisen die vielen Uebertretungen, von großer Wichtigkeit. Aber noch andre Angelegenheiten, die Bundesratsbestimmungen und sonstige soziale Gesetze, sind wichtig genug, in Versammlungen diskutiert zu werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß persönliche Angelegenheiten, sofern ein Mitglied sich grobe Verstöße hat zuschulden kommen lassen, überhaupt nicht besprochen werden sollen. Nur kurz und sachlich müssen persönliche Streitigkeiten behandelt werden. Dabei kann der Bevollmächtigte beschränkend zureden und versöhnend wirken bei den beteiligten Parteien und so die Angelegenheit schnell zum Ausgleich bringen. Wenn die Bevollmächtigten das berücksichtigen würden, brauchten sie über schlechten Versammlungsbesuch nicht zu klagen und dem Verband würden viele Mitglieder treu bleiben. Mit einem Wort, wenn die Bevollmächtigten nicht bei der Geschäftsführung so unendlich viele Fehler machten, stände es nicht nur mit unserm, sondern mit sämtlichen Organisationen besser. Das ist traurig, aber wahr!

Wenn alle Hauptvorstände sämtlicher Organisationen unter den Nichtmitgliedern, d. h. unter solchen, die schon einmal Mitglied waren, Umfrage darüber halten würden, warum sie aus der Organisation ausgetreten sind, sie würden sonderbare Sachen zu hören bekommen. Schreiber dieses hat unter den Kollegen verschiedene Hausagitationen mitgemacht. Dabei fand ich obige Klagen über die Bevollmächtigten nur zu oft bestätigt. Der eine wies darauf hin, daß er als Mitglied nur selten vom Bevollmächtigten Arbeit nachgewiesen bekam; so wäre es ihm überall ergangen. An Orten, wo das Umschauen untersagt ist, habe er Arbeit erhalten, trotzdem der Bevollmächtigte erklärte, Arbeit sei nicht vorhanden. Weil in den meisten Zahlstellen das Arbeitsuchen verboten sei, die Bevollmächtigten aber nur selten vorhandene Arbeit nachweisen, sei er aus dem Verbandsverbande ausgetreten. Diese Fälle sind mir oft vorgehalten worden. Ueberhaupt gibt die Handhabung des Arbeitsnachweises viel Veranlassung zum Streit zwischen Mitgliedern und Bevollmächtigten, da letztere nicht immer unparteiisch den Arbeitsnachweis führen. Die Kosten des Mitgliederverlustes bezahlt der Verband.

So, wie mit dem Arbeitsnachweis, verhält es sich auch mit andern Sachen, z. B. bei Streiks, speziell bei Auszahlung von Unterstützungen, als Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Ferner bei Umzugskostenbewilligung spielt oft bei den Bevollmächtigten die persönliche Voreingenommenheit eine große Rolle. In den seltensten Fällen, erst dann, wenn es zu spät ist, erhält der Hauptvorstand davon Kenntnis. Das wäre so in kurzen dürren Worten das, was ich über die Fluktuation der Mitglieder im Verbandsverbande zu sagen hätte. Und ich glaube, den Beweis erbracht zu haben, daß unter den Kollegen, behauerlicher Weise auch unter den Mitgliedern, die persönlichen Reibereien oft zu finden sind. Ferner habe ich gezeigt, daß die Bevollmächtigten, also Verbandsbeamte, wenn auch nicht alle, vielfach Mitglieder aus dem Verband vertreiben, d. h. rauskelfen.

Doch was ist nun zu tun, um das Uebel beseitigen zu können? Ist es möglich, den persönlichen Zwistigkeiten, dem Hader und dem Streit unter den Kollegen Einhalt zu gebieten? O ja, wenn auch nicht gänzlich, so doch zum Teil. Erstens muß der Hauptvorstand mehr noch als bisher sich über die örtlichen Verhältnisse derjenigen Zahlstellen informieren, die, obgleich genügend Kollegen vorhanden sind, nicht hervortreten können,

d. h. keinen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben. Zweitens sollte die nächste Generalversammlung beschließen, eine kleine Schrift durch den Vorstand oder sonst dazu beauftragten Kollegen ausarbeiten lassen. In derselben müßte Punkt für Punkt klargestellt und erläutert werden, wie eine Zahlstelle vom Bevollmächtigten zu leiten ist. Was sie für Arbeiten und Aufgaben zur Entwicklung der Zahlstellen zu erfüllen haben. Ungefähr eine Erläuterung, wie bei den Statuten. Diese Informationschrift sollte an alle Bevollmächtigten als Nachschlagebüchlein ausgehändigt und bei eventueller Neuwahl der Ortsverwaltung den neugewählten Bevollmächtigten als Verbandseigentum mit übergeben werden. Die Herausgabe eines solchen Büchleins ist meiner Ansicht nach für alle Verbände eine Notwendigkeit, weil der Personalwechsel bei den örtlichen Verwaltungen einer öfteren Veränderung unterworfen ist. Diese Maßnahmen würden ihre gute Wirkung nicht verfehlen.

Darum mögen sich alle für die Organisation tätigen Kollegen einmal ernstlich und gründlich mit dieser Frage beschäftigen. Die Delegierten mögen sich auf der Generalversammlung noch so sehr den Kopf zerbrechen, Mittel zu finden, dem Verbands die Mitglieder zu erhalten, solange in einer Zahlstelle die Bevollmächtigten ihre Pflicht vernachlässigen, werden niemals Fortschritte gemacht werden. Dies ist meine langjährige Erfahrung! L. P.

Bundschau.

Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn sind von der preussischen Regierung angeordnet worden. Die neuen Ausschüsse umfassen die Arbeiter außerhalb der Werkstätten, Gasanstalten und ähnlichen Anlagen der Bahnbewirtschaftung, für die es schon jetzt Ausschüsse gibt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Eisenbahnverwaltung den neuen Ausschüssen ebenso wie den alten mit etwas mehr Achtung entgegenkäme. Die Arbeiterausschüsse der Dresdener Eisenbahnwerkstätten haben bisher, wie unser dortiges Parteiblatt berichten kann, gerade nicht die besten Erfahrungen gemacht. Als sie im vergangenen Sommer nach der großen Dürre gemeinsam eine Teuerungszulage zuerst bei der Direktion, dann beim Ministerium nachsuchten, erhielten sie nicht nur einen ablehnenden Bescheid, sondern es wurde ihnen auch eröffnet, daß sie sich in Zukunft gemeinsamer Eingaben zu enthalten haben. Der verlesende Sekretär fügte noch fragend hinzu: „Sie wollten wohl durch den Hochdruck etwas erreichen, da kommen Sie bei uns nicht an!“

Zimmer rückwärts! Der Evangelische Arbeiterverein von Dresden und Umgegend hat kürzlich seine Hauptversammlung abgehalten und bei dieser Gelegenheit einen Rückgang des Mitgliederbestandes um 159 konstatierten müssen. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll 4880 betragen. Die Gesamteinnahmen des Vereins betragen 4048 M. Außerdem hatten noch die Klassen der Gruppen 22296 M. Einnahme. Die Vereine haben natürlich große Zuwendungen in Gestalt von Geschenken aus den Reihen von Kapitalisten, die den Evangelischen Arbeiterverein als eine Schutzgarde gegen die Sozialdemokratie betrachten. Es sollte ja das Ziel der Evangelischen sein, den Sozialdemokraten den Boden abzugraben. Damit hat es vorläufig noch gute Weile.

Vom Kammergericht freigesprochene Streitposten. Der seltsame Fall, daß das Kammergericht einmal eine Freisprechung von Streitposten durch die Vorinstanz billigt, ist jetzt zu verzeichnen. In Ruhrtort war im vorigen Jahre ein Maurerstreik. Die Maurer Deumisch, Burhaus und Blaszejewski hielten sich am 11. Juli, vormittags, in der Nähe des Bahnhofes auf, um von auswärts zureisende Maurer auf den Streik aufmerksam zu machen. Zu diesem Zwecke sprachen sie solche Reisenden an, die sie für Maurer hielten. Polizeibeamte wiesen sie weg. Da sie ihnen nicht unbedingt Folge leisteten, so erhielten die ihre Gewerkschaftspflicht erfüllenden Maurer Anklagen wegen Uebertretung der in allen Straßenpolizeiverordnungen enthaltenen Polizeivorschrift, wonach den „zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehenden polizeilichen Aufforderungen“ unbedingt Folge zu leisten ist. Die Angeklagten wurden jedoch in erster Instanz freigesprochen und das Landgericht Duisburg bestätigte dies Urteil. Es führte aus: Die Ruhe und Ordnung sei in keiner Beziehung gestört worden, auch habe sich niemand beschwert über die Leute. Wenn die Beamten sie dennoch aufforderten, wegzugehen, dann sei das nicht geschehen, weil es die Ruhe, Ordnung und Sicherheit erforderte, sondern weil die Angeklagten Streitposten waren. Das sei aber ein ungesetzlicher Grund, denn das Streitpostenstehen an sich könne nicht verboten werden. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß es nach der Praxis des Kammergerichts nicht darauf ankomme, ob schon Störungen der Sicherheit, Ordnung usw. erfolgt seien, sondern, daß maßgebend wäre, ob die Beamten einer Störung vorbeugen wollten. Das wäre hier noch näher zu prüfen. — Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision des Staatsanwalts als unbegründet. Sie scheiterte an der tatsächlichen Feststellung des Landgerichts, daß die Aufforderung zum Weggehen nur deshalb erfolgt sei, weil die Angeklagten Streitposten waren. Somit habe sie mit dem Verkehr und seinem Schutz nichts zu tun gehabt und sei unberechtigt gewesen.

Die Feiertagsruhe im Bädergewerbe, wie sie von den Gesellen gefordert wird, erklären die Junstmeister fast allenthalben als den „Ruin des Gewerbes“. Durch eine Polizeiverordnung war letzte Weihnachten in Berlin die Beschäftigung der Bädergesellen vom ersten Feiertag 9 1/2 Uhr vormittags bis zum zweiten Feiertag abends 9 1/2 Uhr verboten. Die Einrichtung hat sich gut bewährt, so daß jetzt die dortigen Meister die obligatorische Feiertagsruhe für sämtliche Betriebe auch auf die Meister ausgedehnt wissen wollen. Seit gestern zirkulieren Abstimmungslisten unter den Berliner Bädern, die für die drei hohen Feste im Jahre die Arbeitsruhe in oben bezeichneter Weise durch polizeiliche Verordnung sicherstellen sollen. Es geht also auch so.

Unternehmerrache. Die Kohlenmagnaten begnügen sich nicht damit, daß ihre Sklaven wieder in das alte Fronjoch zurück mußten, ohne die Forderungen durchgesetzt zu haben, sie schwingen jetzt, wie unser Dortmunder Parteiorgan mitteilt, die Hungerpeitsche über diejenigen, die es gewagt hatten, in den von den Unternehmern selbst probierten Streik zu treten. Die Maßregelung von Bergarbeitern im Ruhrgebiet ist jetzt an der Tagesordnung. Auf der Seite Meintreuen sind in den letzten Tagen allein

1000 Mann gekündigt und dafür ausländische Arbeiter eingestellt worden. Alle am Streik beteiligt gewesenen Arbeiter sind aufs Pflaster geworfen worden, darunter sind Leute, die 22 Jahre auf der Grube gearbeitet haben. Daß die Erbitterung unter den Arbeitern mit diesen Maßnahmen aufs höchste gesteigert wird, ist klar. Zu verzagen brauchen die Arbeiter deshalb nicht, die Vergeltung für die Brutalität wird geübt werden.

Hebersuß trotz der großen Not. Durch die Presse geht nachstehende Notiz, die Wände spricht: „Heringe als Dünger! In Apenrade und der Außenförde sind in diesen Tagen so ungewöhnlich viele Heringe gefangen worden, daß sich für die Ware keine Abnehmer mehr fanden. Schließlich kaufte ein Gärtnerbesitzer aus Hensburg etwa 25 große Kisten zu je 20 Pfennig, um die Heringe als Dünger zu verwenden. Auch im Binnenlande sind in letzter Zeit so viele Heringe auf den Markt gekommen, daß sie stellenweise auch nicht untergebracht werden konnten und den Abdeckereien überwiesen werden mußten.“

Millionen Arbeiterfamilien leiden an ständiger Unterernährung, Hunderttausende Bergarbeiter im Ruhrgebiet hatten in den letzten Wochen Mangel am Notwendigsten. Das Meer spendet dabei so viel Lebensmittel, daß sie als — Dünger verwendet werden. Es lebe die kapitalistische „Kultur“!

Ein Gewerkschaftsgesetz, an dem sich die deutsche Regierung ein Beispiel nehmen könnte, ist am Sonnabend im englischen Unterhause in zweiter Lesung mit 247 gegen 142 Stimmen angenommen und in Kommissionsberatung geschickt worden. Es verlangt erstens, daß friedliches Streikpostenstehen und Verkehr der Posten mit den Streikenden vollständig gestattet wird; zweitens, daß man die Trades-Unionisten nicht wegen böswilliger Verschwörung anklagen kann, wenn sie sich verbinden, um gewerkschaftliche Zwecke auszuführen; drittens, daß die Trades-Union als Körperschaft nicht auf Schadenersatz angeklagt werden kann.

Vorbereitungen gegen einen neuen Bergarbeiterstreik soll nach dem Berliner Tageblatt die Regierung bereits treffen. Danach hätte der Minister des Innern eine geheime Verfügung erlassen, die sich mit Sicherheitsmaßnahmen für einen neuen Streik beschäftigt. Der Gewährsmann des Berliner Tageblatts will ermittelt haben, „daß im Streikfalle die Hilfe nicht nach und nach, wie bisher, sondern mit einem Mal und in gesamtlicher notwendiger Stärke geschickt werden soll.“

Das würde unterstellen, daß die sogenannte Hilfe, soll heißen, das Polizeiaufgebot, nicht ausreichend gewesen wäre. Das stände aber im Widerspruch mit den offiziellen Erklärungen der Minister in den Parlamenten, daß die Bergarbeiter in ihrem Streik eine musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt haben. Die Minister werden sich doch nicht selbst Lügen strafen wollen.

Berichte.

Chemnitz. Erklärung. Bezugnehmend auf die Berichtigung der Zahlstelle Frankenberg in Nr. 10 des Tabakarbeiter muß ich erklären, daß, während alle andern Rubriken des Frankenberger Fragebogens in einer mustergheltigen Weise ausgefüllt waren, die Rubrik für Zurichtung keine Angaben enthält, und folglich auch von seiten der Vorortskommission keine gemacht werden konnten. Es kann sich also auch, da die Rubrik nicht vorliegt, nicht um eine Berichtigung, sondern nur um eine Nachschrift handeln. Ferner sind nachträglich noch einige Fragebogen eingegangen; sie werden, gleich dem andern von den Zahlstellen noch übermittelten Material, bei einer späteren Gelegenheit mit verwertet werden. E. Töpfer.

Dresden. Hausherren-Manier. In der Zigarrenfabrik von Leo u. Fischer in Deuben waren Differenzen ausgebrochen. Vom Vorstände des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wurden die Kollegen R. Ullig-Dresden und R. Bachmann-Deuben beauftragt, zu versuchen, die Differenzen beizulegen. Zu diesem Zwecke fanden am Montag, den 6., und Freitag, den 10. März, zwei Unterhandlungen statt, die auch den Erfolg hatten, daß auf 8 Sorten Biskel 25 bis 30 Pfg. und auf 1 Sorte Zigarren 50 Pfg. pro Mille aufgebessert wurden. Bei den letzten Unterhandlungen erklärte der Kollege Ullig auf die Einwendungen des Herrn Leo: „Wer garantiert uns dafür, daß die Arbeiter in 3-4 Wochen nicht wieder mit Forderungen kommen?“, daß die gemachten Zugeständnisse, nachdem die Versammlung sie gut geheißen hätte, in einem Lohn-Tarif, welcher beide Teile auf ein Jahr bindet, festzulegen seien. Die beiden Herren zeigten sich darüber erfreut; sie meinten: „Das wäre sehr schön, dann wäre auf längere Zeit Ruhe, und diese liegt in beiderseitigem Interesse.“ Diese Aeußerungen der Herren gaben den beiden Vertretern der Organisation die Hoffnung, daß die Angelegenheit in bester Weise zu Ende geführt würde. Wie erkaunten sie aber, als sie am Montag, den 13. März, diesen Herren den ausgearbeiteten Tarif zur Einsichtnahme und Unterschrift vorlegen wollten, von Herrn Leo in der ungehörigsten und unhöflichsten Weise behandelt wurden. Sie wurden in der aufgeregtesten Art aufgefordert, in den Arbeitsaal zu kommen. Dort fragte Herr Leo, ob die Arbeiter mit den Vereinbarungen zufrieden wären. Die Kollegen antworteten natürlich mit Ja. Hatte sich der Herr bis hierher schon recht sonderbar benommen, so ging nunmehr erst der Teufel los! Die beiden Vertreter forderte er auf, sein Lokal zu verlassen, er wolle nur mit „seinen“ Arbeitern, nicht aber mit fremden Herren und Aufwieglern — trotzdem er schon zwei Tage mit diesen unterhandelt hatte! — zu tun haben, und wenn es von den Arbeitern nicht passe, solle gleich mitgehen! Die beiden Kollegen hatten kaum Zeit, ihre Hüte aus dem Kontor zu holen. „Herrn“ Leo — aber nur auf 15 Minuten. Dieses Benehmen setzte er in der Fabrik fort. Jetzt wäre der Streik unvermeidlich gewesen, hätte nicht Herr Fischer der auch ganz verdächtig war, mehrere Arbeiter fortgeschickt, um die beiden Vertreter des Verbandes zu ersuchen, wieder zu kommen! Die beiden Vertreter erklärten, nachdem ihnen durch Herrn Fischer anständige Verhandlung zugesichert, sich bereit, wieder zu verhandeln. Diese Verhandlung, an der Herr Leo nicht teilnahm, endete in kurzer Zeit mit der Gegenzeichnung des vorgelegten Tarifs. R i c h a r d U l l i g.

Dresden. Am 4. März tagte im Volkshause eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung mit der Tagesordnung: Die Arbeiterin als Hausfrau und Lohnflavin! Das Referat hatte die Genossin Backwitz übernommen. In das Bureau wurden gewählt Kollege Clement als erster, Kollege Ullig als zweiter Vorsitzender und Ziegler als Schriftführer. In klarer, fesselnder Weise führte die Genossin Backwitz den anwesenden Frauen und Mädchen vor Augen, unter welcher Misere die Arbeiter, am schlimmsten jedoch die Arbeiterinnen, zu leiden haben. Vor der Revolution sei die Frau noch in der Lage gewesen, sich der Erziehung der Kinder widmen zu können. Aber nach der Revolution sei auch sie mit in die Fabriken gepfercht worden. So sei es heute wohl niemand mehr unbekannt, daß es viel mehr Frauen als Männer in der deutschen Industrie gäbe. Man behaupte nun zwar von kapitalistischer Seite, daß die Löhne der Arbeiterinnen außerordentlich gestiegen seien. Aber, so sagt die Referentin, man verschweige stets, daß die Lebenshaltung, die Lebensmittel, die Mietpreise gang außer-

ordentlich in die Höhe gegangen sind. Während in den Zeiten der Prosperität die Unternehmer reichlicher anhäufen, ist der Arbeiter nicht in der Lage gewesen, sich für die Zeit der Krise einen Notgroschen zurücklegen zu können. In den Zeiten der Krise sind dann die Arbeiterinnen erbarmungslos auf das Pflaster gemorren worden. So werde es stets gemacht, sobald die Krisen, die in immer kürzeren Zwischenräumen und immer bestiger auftreten. Die Frau sei doppelt unterdrückt; sie müsse erst in der Fabrik frondien und dann, wenn sie nach Hause komme, noch die Arbeiten, die zur Instandhaltung des Haushalts nötig sind, machen. In den letzten Jahren sei es noch viel schlimmer geworden. Da die Unternehmer die Löhne noch mehr herabgesetzt haben, so müssen eine große Anzahl von Frauen, um existieren zu können, Arbeit mit nach Hause nehmen. Dies sei bekanntlich bei der Zigarettenindustrie in hohem Maße der Fall. Die Referentin führt aus einer ganzen Reihe von Industrien die Löhne an, die einfach schmachvoll niedrig sind. Die Schokoladenarbeiterinnen haben bei 16stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 6 bis 20 Mark; 20 Mark werden jedoch nur bei großer Ueberarbeitung verdient. Die Blumenarbeiterinnen verdienen 2.50 bis 6 Mark; das ist die Heimarbeit mit eingerechnet. Diese Leute können heute schon nicht mehr in die Versammlungen kommen, weil, wenn sie dahin gehen, sie einen Lohnausfall haben, den sie bei ihrem niederen Lohn nicht verschmerzen wollen. Zum nicht geringen Teil sind es auch Töchter und Frauen von kleinen Beamten, die ihre Angehörigen wegen der damit verbundenen Gefahr nicht in die Organisation eintreten lassen wollen. Selbst bürgerliche Mütter haben über die Not der Arbeiterinnen schon Artikel gebracht, so über die Textilarbeiterinnen. Selbst diese Mütter erwähnten, daß für in den feinsten Geschäften ausgestellte Roben, die 200 bis 1000 Mark kosteten, Löhne gezahlt wurden, die es den Arbeiterinnen nicht ermöglichten, ohne „Nebenverdienste“ ihr Leben zu fristen. So trügen die erbärmlichen Löhne der Arbeiterinnen die Schuld, daß eine große Zahl von Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme getrieben werde. Nebenher erklärt zum Schluß: Wir haben nur einen Ausweg, aus der Misere herauszukommen. Wenn wir nicht mehr hungern wollen trotz Tag- und Nachtarbeit und daß unsere Kinder Dürren werden müssen aus Not und verarmen, so müssen wir unsere Löhne zu erhöhen suchen. Das ist nur möglich durch die Organisation — darum hinein in den Verband! Zum zweiten Punkt: Mißstände in den Zigarettenfabriken, hatte der Kollege Uhlig das Referat. Seit zwei Jahren ist die Leitung des Verbandes bestrebt, so führte Kollege Uhlig aus, die Mißstände in den Zigarettenfabriken zu beseitigen im Interesse der Arbeiter. Mit allen gesetzlichen Mitteln haben wir das versucht, und trotzdem haben wir heute noch, obwohl es uns gelungen ist, viele Mißstände abzuschaffen zu können, noch außerordentlich viel zu tun. So haben wir darüber zu klagen, daß es in der Remion keine Handtücher und keine Waschlöcher gibt. Wir haben weiter uns darüber zu beschweren, daß die Garderobe sehr unfauber ist. Für Luft und Licht ist gesorgt, indem die Firma das Fenster der Garderobe, anstatt mit Glas, mit Abfallbrettern „verglast“ ließ. Ganz nette Zustände sind im Dresdner Eldorado für Zigarettenarbeiterinnen. Dort ist die Garderobe ein Raum, der zu allem möglichen gebraucht wird. Dieser Raum ist Vorraum, Tabaklager, Papierlager und Hülsenlager. Jedermann ist berechtigt, durchzugehen. Allerdings hat die Firma den einen benutzten Speiseraum mit verwenden lassen als Garderobe, aber dies Zimmer ist für die Zahl der dort beschäftigten Personen, 40—50, zu klein. Handtücher sind für den Zigarettenaal zwei Stück vorhanden. Daß die Tücher in den letzten Tagen alles andre, nur nicht appetitlich aussehen, ist wohl zu begreifen. Auch müssen die dort beschäftigten Arbeiterinnen ein „Rüchengegeld“ bezahlen (für Aufwaschen, Instandhalten des Speiseraums usw.). Man behauptet man von unsern Gewährsmännern, daß sehr viele überhaupt keine Handreichungen gehabt haben, aber die 15 Pfg. „Rüchengegeld“ müssen trotzdem „gebüßt“ werden. Der größte Mißstand, der in keiner Fabrik so schlimm sein dürfte, ist zweifellos die dort massenhaft betriebene LehrlingsvIELEREI. Wenn eine Frau oder ein Mädchen vielcher das Zigarettenmachen erlernen will, so bitten wir sie dringend, sich über die dort herrschenden Verhältnisse erst beim Verbandsleiter (Kollshaus) zu erkundigen. Dort müssen die, welche bei der Firma Alexander Müller zu arbeiten resp. zu lernen die Ehre haben, 30 Mark Lehrgeld zahlen, einen Kontrakt auf zwei Jahre unterschreiben, in dem sich der Passus befindet, daß der Inhaber der Firma, Namezinski ist sein Name, während der Kontraktsdauer den Leuten Löhne nach seinem Belieben zahlt. Auch über die Firma Rios habe einen Brief, in dem lebhaftest Klagen geführt werden, erhalten. Da aber der oder die Briefschreiber nicht den persönlichen Mut hatten, den Namen darunter zu setzen, so muß ich leider darüber hinweggehen. In der Sulima macht sich, seitdem wir dort festen Fuß gefaßt haben, ein Ausforschungssystem breit, das wirklich un schön ist. Die Herren Werkführer und die dort beschäftigten Griechen (leider scheinen die letzteren sich gar nicht darauf zu besinnen, daß sie auch nur Kollegen sind) könnten wirklich ihr Talent an besserem verwenden. Auch in der Laferme ist, seitdem der Geschäftsgang nicht besonders flott ist, eine andre Behandlung der Arbeiterinnen bemerkbar. Die Herren König u. Stopp bedienen sich ungehöriger Ausdrücke, wie „frehche Person“ usw. Bei der geringsten Verfehlung ist vom „Ginaus-schmeißen“ die Rede. Herr Direktor Schleicher, von dem wir, da wir ihn doch sonst als sehr humanen Mann kennen gelernt haben, dies nicht erwartet hätten — der Herr Direktor hat dies wohl nur auf die Richterstattung der Herren König und Stopp hin getan — hat einen Brief an die Mutter eines derartig behandelten Mädchens geschrieben, worin er durchblicken ließ, daß das Mädchen als Kranke anzusehen sei, da sie eine Entschuldigung verlange von den Beamten. Im weiteren sprachen noch die Kollegen Piegeler und Müke. Ersterer unterzieht die Firma Jostli einer Kritik und ermahnt die Kolleginnen, die Lehre daraus zu ziehen, zur Zeit einer günstigen Konjunktur die heute gerügten Mißstände abzuschaffen zu helfen. Kollege Müke unterstützt in wirksamster Weise die Ausführungen Uhligs, dieselben noch bedeutend ergänzend. Kollege Clement, der ebenfalls in die Debatte eingegriffen hatte, läßt sodann über einen von der Kollegin D. eingegangenen Antrag abstimmen: „Die heutige Versammlung beschließt, die Vorortskommission wird beauftragt, bei den kritisierten Fabriken vorstellig zu werden und die Prinzipale zu erfuchen, die Mißstände abzuschaffen.“ Nach Annahme vorstehenden Antrags erfolgte Schluß der interessanten und gut besuchten Versammlung.

Ostersheim. Am 11. März tagte im Restaurant zur Rose eine Ausschusssitzung, zu welcher auch die Kollegen Peter Trennel und Peter Uhrig eingeladen waren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung kam der Fall Peter Trennel zur Sprache, wobei es sich um Streichung des betreffenden Mitgliedes handelte. Der erste Bevollmächtigte las einen Brief vom Hauptvorstand vor, nach welchem die Behauptung, welche von verschiedenen Mitgliedern in der Versammlung vom 25. Februar gemacht wurden, bewiesen sein müssen, bevor ein Mitglied gestrichen werden kann. Dann erhielt der Kollege Peter Uhrig das Wort, der jedoch nicht das befestigte, was er zu dem Kollegen Lehr gesagt haben soll; die ganze Sache sei nur Neberei. Steller schildert in kurzen Worten die Mißstände, die in der Zahlstelle Ostersheim herrschen; er ist der Ansicht, daß die ganze Geschichte gefälscht sei, da Kollege Trennel nur veruchungsweise die Arbeit wieder aufnahm, ihn jedoch die Krankheit zwang, wieder die Arbeit einzustellen, und Trennel darum mit Neßl Krankengeld zu beantragen habe. Der gleichen Ansicht waren auch die Kollegen Schwarz und Johann Uhrig. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Peter Trennel Krankengeld erhält und von einer Streichung abgesehen werden soll. Zu Punkt 2: Agitation, erstattete Kollege Steller einen Agitationsbericht, aus dem zu sehen war, daß zwei Touren im ersten Quartal bis jetzt gemacht

worden sind, die beide von Adam Uhrig und Steller ausgeführt wurden. Auf der ersten, Leimen und St. Ugen, konnte jedoch das erstemal nichts erzielt werden; auf der zweiten Tour wurden in St. Ugen 14 Mitglieder gewonnen, ein Beweis, daß in St. Ugen noch viel zu erreichen ist. Steller betont, daß in den Dörfern, die ein Eldorado für die Zigarettenfabrikanten sind, z. B. in St. Leon, Wiesenthal, Görlich, Roth, Malsch, Hochenheim usw., nichts zu machen sei, denn die Zigarettenarbeiter seien dort noch zu weit zurück, und glauben, wenn sie pro Woche 8 M. verdienen, haben sie den Himmel auf der Erde. Man muß sich bei der Agitation genau nach den örtlichen Verhältnissen richten, denn wie überall, so ist es auch hier: je schlechter die Verhältnisse, desto schwieriger die Agitation. Unter Verschiedenes wurde das Verhalten des Mitgliedes Karl Köpff allgemein bedauert und beschlossen, daß Köpff aus dem Agitationskomitee auszuscheiden sei; kein Mitglied im Agitationskomitee will mit ihm fortgehen, weil er zu freischützig ist. Dann stellt der 2. Bevollmächtigte den Antrag, daß beim Hauptvorstand dahin gewirkt werden soll, daß die Prognose erhöht werden, da jetzt die Zahlstelle 46 Mitglieder zählt und die Beiträge bei jedem einzelnen abgeholt werden müssen. Kollegen in Ostersheim! Laßt alle Streitigkeiten ruhen, verwechselt nicht die Verhandlungsinteressen mit andern Sachen, seid verträglich untereinander, damit derartige Dinge nicht mehr vorkommen, wie sie vorkamen. Agitiert für Eure Organisation, damit auch wir in Baden einmal erreichen, was wir schon lange gern erreichen möchten.

Patente.

Eine Maschine zum Entrippen von Tabakblättern ist Herrn Frederik George Frankenberg im Chicago unter Nr. 158 241 patentiert worden. Diese Maschine, bei welcher die vom Arbeiter eingeführten Blätter selbsttätig der Abstreifvorrichtung zugeführt und die abgestreiften Blätter gesondert von den Rippen abgelegt werden, ist dadurch gekennzeichnet, daß das Ende der Blattrippe in die von den Aussparungen zweier, sich teilweise überdeckender und sich gegeneinander drehender Messer-scheiben gebildet, nach oben offene Ausbuchtung eingelegt wird, welche Ausbuchtung sich bei der weiteren Drehung der Messerscheiben zu einer die Blattrippe vollständig umfassenden Öffnung schließt, die sich der Verringerung des Rippenquerschnitts nach der Blattspitze hin entsprechend allmählich verengt, während die Blattrippe von einem Greifer zwecks Abstreifens der Blattteile hinter dem Messerpaar erfasst und schnell durch die Messeröffnung hindurchgezogen wird, bis sich die Öffnung derart schließt, daß der Blattrest neben den daran hängenden abgestreiften Blattstücken von der Hauptrippe an geeigneter Stelle abgetrennt wird. (Mitgeteilt d. d. Intern. Patentbureau von Seimann u. Co. in Oppeln.)

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: März-Aphorismen. — Die Lehren des Vergarbeitskreises. Von R. Kautsky. — Die ungarische Revolution von 1848. Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der Neuen Rheinischen Zeitung. Von Erwin Szabó. — Ein Roman über die Kommune. (R. et B. Marguerite: La Commune.) Von W. van Rabestyn. — Der Simplotunnel. Von J. German. — Litterarische Rundschau.

Arbeitersekretariat Lübed. Viertel Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Lübed nebst Jahresberichten der Aufsichtskommission und des Gewerkschaftsartells. Lübed, Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Quittung.

Halberstadt. Es gingen noch folgende Gelder bei uns ein: B. Grobe, Reich 1.45; Ernst Fichtner, Gr.-Schönau 3.65 Ml. Ludwig Striehorst.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Blumenhorn, Mozartstr. 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Anselmannstr. 10. Eingegangen: Striegau 100 Ml. Zusprüche: Celle 100 Ml., Oslau 100 Ml., Goldberg 100 Ml., Süblengen 50 Ml., Braunschweig 200 Ml. — Krankengelber: 62.42 Ml. Hamburg, den 13. März 1905. S. Otto.

Bilanz für das 4. Quartal 1904.

Einnahme:	
Raffenbestand am 30. September	172 572.88 Ml.
Einnahme	36 365.88 Ml.
Summa 208 938.76 Ml.	
Ausgabe:	
Raffenbestand am 31. Dezember	31 630.89 Ml.
Summa 177 307.87 Ml.	
Summa 208 938.76 Ml.	

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Weland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

Bekanntmachung.

Otto Albrecht aus Oranienbaum, Buch Ser. I, 23156, ist ohne Abmeldung aus Neustadt i. Saal. abgereist. Derselbe muß 1 Ml. Strafe zahlen und darf keine Unterstützung erhalten. Die Adresse desselben ist uns mitzuteilen.

Lina Boh aus Ostersheim ist gestrichen, weil sie trotz Krankengeldbezug Mästenballe usw. besuchte.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 8. bis 14. März 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
1. März. Freden	75.—
7. Otensen	400.—
7. Altova a. E.	400.—
7. Pölzig	200.—
8. Potsdam	80.—
8. Speier	200.—
9. Finsterwalde	350.—
11. Jöhannberg	100.—
13. Meißel	100.—
13. Wülstert	71.20

B. Für Annoucen: 18. März. Neumünster, G. Hohnsbehn 2.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Einzelne Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 14. März 1905. W. Nieder-Weland, Kassierer. Marktstraße 18, II.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Ausbady: Hans Knäulein als 3. Bev. Für Jshor: Max Fender als 1. Bev., Otto Kaskigki als 2. Bev., Max Liebhardt als 3. Bev.; W. Bogeleit, S. Köhls, F. Bierthaler als Kontrolleure. Für Minden: Wilh. Schlämann als 1. Bev.; G. Sübmeier, S. Althaus als Kontrolleure. Für Pölsch: Max Strobel als 1. Bev., Karl Schäfer als 3. Bev.; Georg Kowalewski als Kontrolleur. Für Pörsen: Paul Weinert als 1. Bev., Wilh. Mileke als 2. Bev., Otto Gellhaus als 3. Bev.; Fr. Sander, Ferd. Sadmann als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Elisabetha Ratzmann, Marika Ratzmann, Henriette Schmitt aus Hanau, Magdalena Neumann, Katharina Gramann, Christina Hermann aus Kleinsiebelheim. (178) Ipa Brauer aus Wittenberge, Marika Kupp aus Ringsheim, Luise Burisch aus Schwedt a. O. (335) Max Günther aus Plawitz b. Dresden (s. R.). (354) Johs. Klus, Hinz. Rabe, Gust. Wajschmann, Matthias Niebus, Johanna Glismann, Magdalena Rohde, Heinz. Vorkamp aus Uetersen, Gust. Bentert aus Vorstedt. (349) Wilh. Hagen aus Lindenwalde. (375) Paul Niebert aus Strehla a. Elbe, Bruno Eberlein aus Elterlein. (338) Karoline Gaffry, Charlotte Fahn aus Halberstadt. (138) Friederike verm. Schürmer aus Stöbterth. (348) Gust. Kabs aus Langenbielau. (206) Josepha Schlappa, Katharina Mlugosch, Franziska Rajong aus Ratibor. (294) Karl Dormann, Fritz Grüne, W. Meier, W. Elmberg aus Idenhausen, Karl Oshof aus Herrhausen. (170) R. Simon aus Dorjow, Frau Naos aus Rymegen. (258) R. Hünel, Adolf Kämmerer aus Einbeck, Heinz. Böge aus Altena, Aug. Schweiß aus Dömel, D. Koch geb. Specht aus Mersthausen. (85) G. Kreis, Frau Kranich aus Hasserode, Auguste Graul, Berta Reune aus Wernigerode. (365) Otto Bollbrecht aus Wendhagen. (92) Emil Klemm aus Halbsbrücke (s. R.), Ed. Tittel aus Freiberg, Emil Gühler aus Friedeburg, Mich. Seiler aus Konradsdorf, Emil Tittel aus Halbsbrücke, Ludwig Schäler aus Freiberg, Anna Barisch aus Mulda, Lina Robin aus Brand, Ipa Klemm aus Oederan, Amalie Feldmann aus Gottschdorf, Therese Schmitt aus Schlunzig, Anna Richter aus Lohndt. (103) Herm. Haupt aus Halberstadt (s. R.). (164) Franz Söckle aus Stendal. (309) Jos. Orzeltewicz aus Rawitsch. (392) Rich. Mojs aus Benningen. (48) Betti Schwiebert aus Langwedel, Therese Schmidt aus Nordhausen, Anna Diedrich, Aug. Wittmer, Karl Krämer aus Verden (s. R.). (353) Aug. Schumacher aus Warne. (236) Anna Stieler aus Oranienbaum. (65) Karl Witte aus Alvensleben. (93) Kath. Adam, Karoline Lamm aus Widdingen, Katharina Meth aus Rassel, Henriette Knödel aus Zeitlose, Joh. Kauschold aus Wilsheim, Anna Klein aus Lohr (Bayern), Kunigunde Haas aus Ludwigsdorf, Christina Koblender aus Gettenbach, Elisabeth Viel, Elise Bollmann, S. Klaus, Margarete Klaus, Wilhelmine Euler, Johanna Egold, Katharine Roth aus Hanau. (159) Herm. Stühning aus Süstedt, Paul Freier aus Sagan (beide s. R.). (8) Anna Herz, Anna Thor, Johanne Leiff, Emma Stude, Luise Brunm aus Mülshausen i. Thür., Georg Vange aus Tressfurt. (214) Emil Sawannia aus Bries, Karl Schulz aus Frankfurt a. O. (38) Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Einbeck: Bei Otto Vieth, Münsterstraße 6, II. Von 12—12¹/₂ Uhr mittags und 7—8¹/₂ Uhr abends. In Jshor: Bei Max Fender, Sieversstraße 27, part. Von 7—8 Uhr abends. In Minden: In der Zentralfälle, Ritterstr. 18. Täglich von 12—12¹/₂ Uhr mittags. In Pölsch: Bei Max Strobel in Depis. Von 7—8 Uhr abends.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Einbeck: Bei Otto Vieth, Münsterstraße 6, II. Nur Sonntags von 11—12¹/₂ Uhr mittags. In Minden: In der Zentralfälle, Ritterstr. 18. Jeden Sonntag abend von 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!) In Karlsruhe: Montag, den 20. März, abends ¹/₉ Uhr, im Auerhahn. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Entwicklung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und seine Erfolge. Referent: Verbandsvorsitzender K. Deichmann-Bremen. — Auf vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird bestimmt gerechnet. S. A.: Der Bevollmächtigte. In Einbeck: Sonntag, den 25. März, abends ⁸/₁ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Schusterkrug). Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Gründung einer Lokalkasse. 3. Verschiedenes. S. A.: Der Bevollmächtigte. In Berlin: Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinststraße 11. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des am 22. Mai zu Köln stattfindenden 5. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Referent: Kollege M. Kiesel. 2. Anträge zu demselben. 3. Verbandsangelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Bevollmächtigten. S. A.: Sally Rosenthal. In Sielesfeld: Sonntag, den 26. März, bei Palmeyer, Weberstraße 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Vergnügen. 2. Bericht der Kartelldelegierten und der Kommissionen. 3. Agitation. 4. Vortrag. 5. Verschiedenes. S. A.: Der Bevollmächtigte. In Hamburg: Sonntag, den 26. März, nachmittags ³/₄ Uhr, im Lokale der Witwe v. Salzen, Caffamacherei 15/17. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Franz Laufföder: Arbeitskammern oder Arbeiterkammern? 2. Bericht vom Kartell. 3. Bericht vom Gewerkschaftshaus. 4. Wahl der Kartelldelegierten. — Zahlreiches Erscheinen der Kollegen von Hamburg-Eimsbüttel-Warmbeid ist erwünscht. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Einbeck. Unser Verkehrslokal ist Gewerkschaftshaus, Münsterstraße. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Jshor. Jeder Kollege, welcher in Jshor in Arbeit zu treten gedenkt, wird in seinem eigenen Interesse aufgefordert, sich vorher mit dem 1. Bevollmächtigten in Verbindung zu setzen. Max Fender, 1. Bev., Sieversstr. 27, pt.

Stendal. Die Kollegen, welche in Langerhütte oder Salzwedel in Arbeit zu treten gedenken, wolle sich vorher in ihrem eigenen Interesse bei dem Bevollmächtigten in Stendal erkundigen. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Wernigerode. Achtung, Mitglieder! Die Abrechnung für das 4. Quartal findet Sonntag, den 1. April, statt. Bis dahin müssen die Beiträge geregelt sein, sowie die Mitgliedsbücher zum Abstempen abgegeben werden. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Albert Steen, Bremen

Filiale: Berlin N., Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Sumatra-Decken (hellgrau (hochfein) 4,00 u. 3,50, hell 3,00, 2,50, 2,00 u. tabelloser weißer Brand, hell-mittel 2,10, 1,80, 1,70, 1,65, dunkelbraungrau 2,50 u. feine Qualitäten, mittelbraun 2,10, 1,80, 1,50, dunkelbraun 1,30, 1,60 u. Sumatra-Umblatt, flottes Brand, sehr blättrig u. fein, 1,00, 1,10, 1,15, 1,30 u. Java-Umblatt, flottes Brand, feine Qualitäten, 0,90, 1,00, 1,10, 1,20, 1,30 u. Java-Einlage, gute Qualitäten, flottes Brand, 0,80 und 0,85 u. Vorstenland-Decker, dunkle Farben, flottes, weißer Brand, 1,30, 1,45, 1,80, 2,00, 2,20 u. St. Felix-Brasil, große Auswahl in feinen, flottbrennenden Qualitäts-Tabaken, Einlage 0,75, 0,80, 0,85, 0,90, 0,95, 1,00, Umblatt mit Einlage 1,00, Umblatt und Decken 1,00, 1,10, 1,20, 1,30, 1,40, 1,50 u. Carmen, Domingo und Seedleaf, feine blättrige, flottbrennende Tabake, 0,75, 0,80, 0,85, 0,90, 1,00 u. Havanna, hochfein, 0,95, 1,20, 1,40, 2,00, 3,00, 4,00 u. Losgut (Aufarbeiter), hochf. Mischung nur übers. Tabake, als: Seedleaf, Carmen, Domingo, Java u. St. Felix-Brasil, pro Pfd. 75 ϕ , in ganzen Ballen 72 ϕ . Preise verzollt. — Versand nur gegen Nachnahme.

Albert Steen, Bremen.

Carl Rother & Rode Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummerei 26.

Spezialität: ff. Sumatras.
Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Strenge solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3% Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Roh-Tabak-Versand

en gros en detail.

Sumatra à Pfund 0,95, 1,00, 1,10, 1,15, 1,20, 1,50, 1,80, 2,00, 2,20, 2,50—6,00 Mk.

Java à Pfund 0,80, 0,85, 0,90, 1,10, 1,20, 1,50—2,00 Mk.

Havanna à Pfund 1,20, 1,50, 1,80, 2,00—8,00 Mk.

Mexiko à Pfund 0,90, 1,20, 1,50, 2,00—4,00 Mk.

St. Felix à Pfund 0,75, 0,80, 0,95, 1,00, 1,10, 1,20, 1,40—2,00 Mk.

Domingo à Pfund 0,80, 0,85, 0,90, 1,00 Mk.

Seedleaf und Carmen à Pfund 0,85, 0,90, 1,00, 1,10, 1,20 Mk.

Badenweise entsprechende Preisermäßigung.

Versand nur gegen Nachnahme. — 1 Postpaket, Forti zc. ca. 80 ϕ .

H. C. A. Jensen

Hamburg, Batharinenstraße 43.

Seydel & Junghans Nachf.

Rohtabakhandlung

Dreier-Auswahl!

Schützenplatz 5.

Billige Preise!

Brinkmeier & Co., Bremen.

Gelegenheitskauf!

Ca. 50 Ballen Carmen, Doppelprimen

verzollt 95 ϕ pro Pfund

bei Abnahme von ganzen Ballen nur 90 ϕ pro Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 14 gratis und franko.

Hans Wittig

Bremen 2. & Bremen 2.

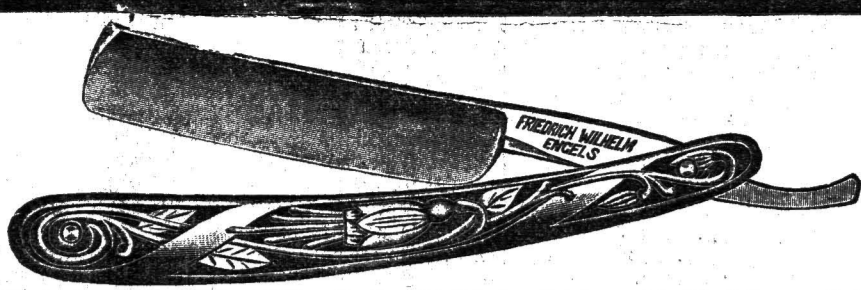
Empfehle zu billigsten Preisen:

Sumatra, Decke, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 225, 250, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — Java, Decke, 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — Java, Umblatt, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — Java, Umblatt und (auch) Einlage, 80, 85, 90 Pfg. — Mexiko, Decke, 250, 300, 350 Pfg. — Havanna 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — Brasil, Umblatt, 150, 180, 200 Pfg. — Brasil, Umblatt und Einlage, 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — Carmen, Umblatt, 85, 90, 100, 105 Pfg. — Domingo, Umblatt, 80, 90, 95, 100 Pfg. — Seedleaf, Umblatt, 85, 90, 100 Pfg. — Losgut, gemischte Original-Tabake, 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle deutsche Tabake, prima bis zu dem Elsässer Rebut 80 und 85 ϕ pro Pfund.

Preise per $\frac{1}{2}$ kg verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft.



50 000 Stück

Silberstahl-Rasiermesser wie Abbildung aus Prima Silberstahl geschmiedet, mit feinsten Fantast-Schale, 5 Jahre Garantie, verlässlich, dem Ausnahmepreis von Mk. 1,50, Porto 20 Pfg. extra, bei 3 Stück portofrei, gegen Nachnahme oder vorher. Einlieferung des Betrages. Geld zurück oder

Umtausch, wenn nicht gefällt. Großer illustrierter Katalog, viele Neuheiten, auch Wäsche und Bekleidungsgegenstände, über 3000 Nummern, ganz unkonf. und portofrei. Eine ganze Rasiergarnitur, polierter Holzkasten, verschließbar, mit Silberstahlmesser, mit 5jähriger Garantie, Pinsel, Seife, Streichriemen, alles zusammen nur Mk. 2,50. Diefelbe Einrichtung mit Sicherheits-Rasiermesser Mk. 3.—

Friedrich Wilhelm Engels, Stahlwarenfabrik, Nümme-Gräfrath bei Solingen Nr. 323.

Berücksichtigen Sie dies ausnahmsweise billige Angebot!
Sumatra-Losgut zu Deckblatt
nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für 110 Pfg., netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für 10 Mk., überhaupt Rohtabak billigt.
J. G. EINERT
Braunschweig.

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.
Spezial-Offerte:
Bestellen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:
Sumatra-Decke, hell, 2te Gg., schöne Farben, Vollblatt 175 Pfg. do. rothr., gelb, weissbr. 200 Pfg. Java, Umbl. m. Einl. feinst 95 Pfg. Nur laufende Partien, keine Muster! Uckermarken, alt u. hochf. 60, 65, 70 Pfg.
Direkter Einkauf eigene Bearbeitung daher größte Leistungsfähigkeit! Sämtl. Fabrications-Utensilien.
Nachtrag z. Katalog neu erschienen.

Roh-Tabak.
Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 ϕ Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 ϕ Vorstenland-Decke 145, 175 ϕ schwarzgrau Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ϕ Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ϕ Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 ϕ Cuba 100, 300 ϕ . — Havanna 80, 135 ϕ Mexiko-Decke 185, 375, 450 ϕ . Pa. Losgut 80 ϕ , Paraguay 85 ϕ . Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 ϕ . Preise ausgewogen m. 3% Soffa-Sconto. Kredit nach Uebereinkunft.
S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Rohtabak.
Decke Nr. 5230
rötlich hell, reinfarbig
1. Länge Vollblatt unter 1 $\frac{1}{2}$ Pfd. bedend à Mk. 2,00 verzollt.
Kredit nach Uebereinkunft.
Größtes Lager in Wickelformen.
W. Hermann Müller
Berlin O.
Magazinstrasse 14.

Billige Roh-Tabake!
Sumatra-Decke 110 bis 450 Pfg., in allen Längen und Farben. — Java 80 bis 325 Pfg. — Brasil 82 bis 215 Pfg. — Domingo-, Carmen-, Seedleaf-Umblatt 85 bis 125 Pfg. — Losgut aus nur überseeischen, kerngesunden Tabaken 75 Pfg., 80 Pfg. (Aufarbeiter) und 85 Pfg. (viel Brasil). — Kentucky (zum Spinnen und Schneiden) 80 bis 115 Pfg. Preise verzollt per Pfd. unter Nachnahme. Jedes, auch das kleinste Quantum, zu obigen Engros-Preisen.
Fr. W. Spanuth
Bremen, Westerstrasse 88/90.
Fernsprecher 1158. Fernsprecher 1158.

Wilh. Puchtler
Altona (Elbe), Paulstr. 14.
Rohtabake.
Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):
Brasil, hervorragende Qualität, 1,00 bis 1,50 Mk.
Sumatra, tabelloser Brand, vorzüglich bedend, 1,10, 1,15, 1,60, 1,80—2,80 Mk.
Seedleaf, Ia. Qualität, 1,00, 1,20 Mk.
Yara-Cuba von 1,20—2,50 Mk.
u. Havanna
Losgut (gesund) 0,80 Mk.
Versand nur unter Nachnahme. — Nicht-gefallendes nehmen anstandslos zurück.

J. H. Koopmann, Bremen.
Von neuen Einkäufen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:
Sumatra-Decker (2. Länge Vollblatt) von hellbrauner Farbe, seidnartiges, ausgefeiltes Blatt, ausprobierte Deckkraft 1 $\frac{1}{2}$ Pfund pro Wille, mit 200 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker**, dunkelbraune Farben, sehr ergiebig, schneeweißes Brand, 110, 120, 130 Pfg. — **Brasil-Einlage**, gebockt, 70, 80 Pfg. — **Brasil-Umblatt u. Einlage** 90 u. 100 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt u. Einlage**, leicht und weiß brennend, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 90 Pfg. — **Seedleaf-Decker**, helle, reine Farben, 100 Pfg. — **Yara-Cuba**, feinste Qualität, 100 Pfg. — **Domingo FF** 85, 90, 100 Pfg. — **Havanna-Einlage** 75 u. 85 Pfg. — **Havanna-Umblatt** 150, 160 Pfg. — **Java-Einlage** 75 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Java-Decker** 120, 150, 180, 220 Pfg. — **Mexiko-Decker** 200, 275, 350, 400 Pfg. — **Vorstenland-Decker** 120, 150, 180, 220 Pfg. — **Carmen-Umblatt** 75, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, von 95—350 Pfg. — **Losgut** (meist Umblatt), als Carmen, Domingo, Java, Havanna, Seedleaf, Brasil, nach Wahl gemischt, 75 Pfg. — **Wickelformen-Pressen** für 10 Formen, sehr stark, 7 Mk.; gebrauchte, guterhaltene Wickelformen, gerade Fassons, von 30—50 Pfg. — **Zigarrenband**, Halbschneide, pro Rolle 75 Pfg. — **Gummi-Traganth**, feinste Sorte, 300 Pfg. pro Pfund.
Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.
J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

En gros. **Rohtabak** En détail.
F. W. Helmecke, Magdeburg.
Grosse Auswahl! Billigste Preise!
Preisliste gratis und franko.

Billigstes Roh-Tabak-Lager Hamburgs!
L. Adler, Vereinsstrasse 34, Hamburg.
Helle Sumatra-Decken, Vollbl. 1. L., Pfd. 3 30 * 2. L. Mk. 2. — Sumatra, mittel, 2. L. Vollbl. Pfd. 1,60 * 2. L. Stückbl., sehr deckfähig, Pfd. 1,30. — Sumatra, dunkel, 2. L. Vollbl. Pfd. 1,50; ds. Umbl., leicht 1,30, 1,15 * Brasil Umbl. u. Einl. 85, 90, 95 Pfg., rein Umbl. Mk. 1 * Umbl. u. Decke 1,10, 1,20 * Decke Mk. 1,40. — Java Umbl. u. Einl. 85 Pfg.; rein Umbl. 95, 100-120 Pfg. — Domingo ff. 95 Pfg. — Havanna Umbl. 1,60, 2,00, 2,50. — Losgut 80 Pfg. — Mexiko, sehr deckf., 1,85. — Vorstenland-Decke, hell, Pfd. 1,50
* Sämtl. Preise verstehen sich verzollt! Bestellungen per Nachnahme. Ein Versuch genügt, um ständ. Kunde zu bleiben! Von 9 Pfd. an franko Haus!

Rohtabak
Langgeschnittene Einlage mit Brasil-Mischung, verzollt per Pfd. 32 Pfg., Seedleaf, Domingo, Carmen- und Java-Umblatt, schöne Sumatra-, Vorstenland-, St. Felix- u. Mexiko-Decken zu den billigsten Preisen. Schöner, leichter Brand wird garantiert. Proben unter Nachnahme.

Bassum-Bremen, H. Nordmeyer & Co.
C. Strohmann
Bremen, Tannenstr. 36
empfehl. alle Sorten
Roh-Tabake.
Sumatra in allen Längen u. Farben, tabelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 Pfg. Havanna 250, 300, 450, 600 Pfg. St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 Pfg. Mexiko 150, 180, 200, 300 Pfg. Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 Pfg. Seedleaf 90, 95, 100, 120 Pfg. Domingo 80, 85, 95, 100, 110 Pfg. Carmen 80, 85, 95 Pfg. Amerikanisches, gesundes, blättriges Losblatt 75, 80, 85 Pfg.
Für tadellosen Brand wird garantiert. Preise sind verzollt unter Nachnahme.

Achtung!
Erste Länge Vollblatt
ganz hell u. reinfarbig, mit $\frac{1}{2}$ Pfd. bedend, per Pfd. verzollt Mk. 3.—, als konkurrenzloser Artikel sehr zu empfehlen.
Java und Vorstenland
garantiert gesund, per Pfd. 85, 90 Pfg., reines Umblatt 1.—, 1,10, 1,50 Mk.
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen.

Rohtabak!
Carl Roland, Berlin SO.
Rottbuer Straße 3a
empfiehlt
Sumatra
feine mittelbraune Farben, schneeweiß, geschlossener Brand, Deckkraft kaum $\frac{1}{2}$ Pfund per Pfund nur Mk. 2,50.

Rohtabak-Handlung
in- und ausländische
en gros en detail
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Jacob Hirsch jun.
Mannheim a/Rh., P 7, 1
Agentur u. Kommissionsgeschäft.
Ia. Grus 25, 50, 75, stets da.
ff. hell Dely, statt 5, f. 8,00.
Divers. Rohtabake extra billigt.
Kemmler Nfgr., Breslau 6.

Nachrichtsbericht der Generalkommission

vom 1. Januar bis 31. Dezember 1904.

II. Agitation.

Der Generalkommission fällt nach dem von allen Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschluß u. a. die Aufgabe zu, „die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern“.

Vom Jahre 1893 ab ist die Generalkommission bestrebt gewesen, diesen Auftrag zur Ausführung zu bringen und von Jahr zu Jahr sind die Agitationseinrichtungen in den Bezirken mit schwacher Organisation ausgebaut und erweitert worden. Es wurden Agitationskommissionen eingesetzt und zur Leitung der Agitation nach und nach besoldete Beamte angestellt oder es wurden als Stützpunkte für die Agitation Arbeitersekretariate geschaffen.

Im verflossenen Jahre wurde neu errichtet das Arbeitersekretariat für das Saarrevier und ferner wurde ein Beamter zur Leitung der Agitation in den Provinzen Ost- und Westpreußen angestellt.

Es sind zurzeit tätig: 1. Agitationskommission für Ost- und Westpreußen mit einem besoldeten Beamten, der seinen Wohnsitz in Elbing hat. 2. Die Agitationskommission für die Provinz Posen mit einem besoldeten Beamten in Bromberg. An diesem Orte wird auch ein Arbeitersekretariat erhalten. Die Kosten dafür werden zum Teil aus Beiträgen der Gewerkschaften Brombergs gedeckt. 3. Die Agitationskommission für Oberschlesien mit einem besoldeten Beamten in Ratowitz. Der Beamte steht zugleich dem Arbeitersekretariat vor, das an dem gleichen Orte ist und dessen gesamte Unkosten von der Generalkommission gedeckt werden. 4. Die Agitationskommission für das Saargebiet mit einem besoldeten Beamten in St. Johann-Saarbrücken. Hier ist gleichfalls ein Arbeitersekretariat errichtet, dessen Erhaltungskosten von der Generalkommission in Gemeinschaft mit den Verbänden der Bergarbeiter, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter getragen werden. 5. Das Arbeitersekretariat für das Sauerland unter Leitung der Kreisgewerkschaftskommission. Der Sekretär ist vollbesoldet und werden die Kosten für das Sekretariat aus Zuschüssen der Generalkommission, des Verbands der Metallarbeiter und aus Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks gedeckt. Das Sekretariat, das bisher in Iserlohn war, ist am 1. März 1905 nach Lüdenscheid verlegt. Der Sekretär hält in allen größeren Orten des Bezirks regelmäßige Sprechstunden ab. 6. Die Agitationskommission für Elsaß-Lothringen mit dem Sitz in Straßburg i. G. Diese Kommission hat keinen besoldeten Beamten. Die Generalkommission stellt die Agitationskommission ausreichende Mittel zur Deckung der Unkosten der Agitation zur Verfügung. Einen kleinen Zuschuß zur Deckung der Unkosten für gemeinsame Agitationseinrichtungen gewährte die Generalkommission außerdem noch für Rheinland-Westfalen, wo die Gauleiter des Bezirks in regelmäßigen Zusammenkünften, die von einer engeren Kommission berufen werden, die Agitation einheitlich zu gestalten suchen.

Die Schwierigkeiten, welche diese Agitationskommissionen bei ihrer Tätigkeit zu überwinden haben, sind in allen Bezirken ziemlich die gleichen. Mangel an Versammlungslokalen, Eingriffe der Behörden und in Bezirken mit einer Bevölkerung, die verschiedene Sprachen spricht, wie in Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Lothringen, die Ueberwindung der Abneigung gegen die von deutscher Seite geschaffenen wirtschaftlichen Kampforganisationen, einer Abneigung, die durch die geniale Germanisierungspolitik unserer Staatslenker ständig neue Nahrung erhält. Dazu kommen in den Gegenden mit geistig wenig fortgeschrittener Bevölkerung die kulturhemmenden Einflüsse des Merkantilismus. Hier, wo dieser die Macht besitzt, handelt er in trautem Einverständnis mit dem Unternehmertum und den Behörden, ohne von der besonders im Reichstage zur Schau getragenen Toleranz im geringsten angekränkt zu sein. Für jeden der Bezirke, in denen in dem letzten Jahrzehnt die Agitation für die Gewerkschaften betrieben worden ist, ließe sich eine Geschichte schreiben über Intoleranz und rückwärtslose Verfolgung der nach einem menschlichen Dasein

ringenden Arbeiterschaft, eine Geschichte, die zugleich die kulturelle Rückständigkeit der Faktoren dartun würde, die sich der modernen Arbeiterbewegung entgegenstellen, vermeinend, sie unterdrücken oder doch wenigstens hemmen zu können. Daß dieses Bemühen vergeblich ist, wird dadurch bewiesen, daß zwar langsam und mühevoll, aber doch ständig Boden für unsere Organisationen gewonnen ist. Wir haben in den verschiedensten Berichten Einzelheiten aus diesem Kampfe geschildert. Im verflossenen Jahre hat es gleichfalls nicht an widerrechtlichen Eingriffen gefehlt, doch ist es, dank dem zähen Festhalten an dem Rechte seitens der Vertreter der Arbeiterschaft, in den meisten Agitationsbezirken dahin gekommen, daß die Behörden sich offenkundiger Rechtsverletzungen enthalten, wenn sie auch noch nicht soweit erzogen sind, organisierte Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Auch diese Anerkennung, des sind wir sicher, wird durch das fortgesetzte Erziehungswerk der organisierten Arbeiterschaft herbeigeführt werden.

Die Generalkommission hielt ständige Fühlung mit den Agitationskommissionen, die regelmäßig Abrechnungen und Berichte einzusenden haben. Wo erforderlich, wurde durch Entsendung von Vertretern der Generalkommission direkte Verbindung mit den agitatorisch tätigen Kreisen in den einzelnen Bezirken herbeigeführt.

Die Errichtung von Arbeitersekretariaten wird von den organisierten Arbeitern einzelner Orte als das sicherste Mittel angesehen, die gewerkschaftliche Agitation zu fördern. So wurden vielfach aus Orten, für welche alle Voraussetzungen für die Erhaltung eines Sekretariats fehlten, Gesuche an die Generalkommission gerichtet, zur Errichtung oder zur Erhaltung eines Arbeitersekretariats Zuschüsse zu gewähren. Die Kommission hat sich nur in vereinzelten Fällen dafür entscheiden können, den Anforderungen nachzugeben. Die Beobachtungen über die Wirkung der Arbeitersekretariate haben ergeben, daß in den Orten, in welchen nicht ohne Anspannung der finanziellen Leistungsfähigkeit die Erhaltung eines Sekretariats möglich ist, die agitatorische Wirksamkeit eines solchen nur sehr minimal bleibt. Wenn aber die Kräfte der Gewerkschaftsmitglieder bis zum äußersten angespannt werden, um ein Sekretariat zu erhalten, so hört die Förderung der Agitation durch dieses völlig auf und das Gegenteil von dem wird erzielt, was man von der Errichtung des Sekretariats erhoffte. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat die Generalkommission nur dann Zuschüsse für Sekretariate gewährt, wenn mit Sicherheit darauf zu rechnen war, daß die gewerkschaftlichen Organisationen des betreffenden Ortes in absehbarer Zeit so gestärkt würden, daß sie die Einrichtung aus eignen Kräften zu erhalten vermögen.

Ebenso konnten nicht alle Wünsche auf Gewährung von Mitteln zur Beschaffung von Versammlungslokalen erfüllt werden. Die Generalkommission ist nach jahrelanger Erfahrung zu dem Beschluß gekommen, Mittel zum Kauf eines Versammlungslokals oder zum Bau eines solchen nicht zu gewähren. Sie hat sich indes stets bereit erklärt, Zuschüsse zu gewähren, um einen Lokalbesitzer zu unterstützen, der sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellen will, aber wirtschaftliche Schädigungen durch die Gegner der Arbeiterbewegung fürchtet. Führt auch dieser Weg nicht dazu, der Arbeiterschaft einen Versammlungsraum freizustellen, so ist ausnahmsweise auch die Gewährung von Mitteln erfolgt, um kleinere Räume für Zusammenkünfte und Versammlungen zu mieten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, konnte nur in wenigen Fällen eine Gewährung von Mitteln zur Beschaffung oder Erhaltung von Versammlungslokalen erfolgen, weil die meisten Anforderungen darauf hinausgingen, größere Summen zum Kauf oder zum Bau eines Lokals zur Verfügung zu stellen.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen glaubte die Generalkommission dadurch zu fördern, daß sie einem Frauen-Agitationskomitee, das sich in Berlin aus Frauen, die seit vielen Jahren in der gewerkschaftlichen Agitation tätig sind, einen kleinen, nicht benutzten Raum in den Büroräumen der Generalkommission zur Verfügung stellte. Zweck des Agitationskomitees ist, die Zuschriften nach Referentinnen an eine Stelle gelangen und nicht wie bisher von einer Referentin zur andern wandern zu lassen,

sowie an einer Stelle die Agitationsmaterialien zu sammeln, die heute in den Händen der einzelnen Referentinnen befindlich, der Agitation nicht ausreichend dienstbar gemacht werden können.

Des weiteren hat sich die Generalkommission auch stets bereit erklärt, Zuschüsse zu Agitationsstouren zu gewähren, die in einzelnen Bezirken zur Gewinnung der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften veranstaltet worden sind. Eine allgemeine Agitation unter den Arbeiterinnen in ganz Deutschland ist nur einmal, im Jahre 1894, veranstaltet worden. Die seit jener Zeit zu verzeichnende Ausdehnung der Gewerkschaften macht die Arrangierung einer solchen Tour von einer Zentralstelle aus äußerst schwierig und dürfte der Erfolg den aufzuwendenden Mitteln nicht entsprechen. Es ist zweckmäßiger, Agitationsstouren für die einzelnen Bezirke zu veranstalten, weil dadurch den lokalen Verhältnissen mehr Rechnung getragen werden kann. Wenn es erforderlich war, hat die Generalkommission Beihilfe zu solchen Veranstaltungen gewährt.

Die im Jahre 1903 veranstaltete Agitation unter den italienischen Arbeitern in der Provinz Udine in Oberitalien, aus welcher die meisten Arbeiter alljährlich nach Deutschland wandern, ist im letzten Jahre wiederholt worden. Im Vorjahre wurden die Kosten der Agitation zum größten Teil von den Gewerkschaften Italiens getragen, während in diesem Jahre die Agitationskosten von den Verbänden der Bauarbeiter, Maurer und Steinarbeiter und der Generalkommission getragen werden. Es hat sich gezeigt, daß die Agitation in dem Auswanderungsgebiet in den Monaten Dezember und Januar wirksamer ist, als die Agitation in den Sommermonaten unter den in Deutschland arbeitenden Italienern. Der Erfolg der Agitation ist von den Organisationen der Unternehmer des Baugewerbes auf dem Verbandstage rückhaltlos anerkannt worden, was zur Genüge die Zweckmäßigkeit des Verfahrens erweist, die italienischen Auswanderer in ihren Heimatsorten aufzusuchen.

Statistik.

Die sehr umfangreiche Arbeit, einen Vergleich zwischen den Ergebnissen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistik zu machen, ist auch im verflossenen Jahre der Generalkommission nicht erspart worden und wird ihr auch im Jahre 1905 nicht erspart werden. Die Kommission hat zwar den Versuch gemacht, das Reichsamt des Innern zu veranlassen, die amtliche Statistik so zu gestalten, daß den Gewerkschaften eine Beteiligung an den Erhebungen möglich ist. Auf eine Anfrage an das Reichsamt des Innern, was aus der Eingabe geworden, wurde im August 1904 geantwortet, daß die Erhebungen in der Sache noch nicht abgeschlossen seien.

Die Mangelhaftigkeit der amtlichen Streikstatistik ist mittlerweile aufs neue erwiesen. In der Statistik für 1903 fehlen 387 Streiks mit 8120 Beteiligten, über die von den Gewerkschaften genaue Ausweise gegeben werden. In den letzten 3 Jahren (1901—1903) sind 1017 Streiks mit 20 251 Beteiligten festgestellt, die in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Diese Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik wird so lange fortbestehen, als den Gewerkschaften eine Anteilnahme an den Erhebungen durch Sachcharakter der amtlichen Feststellungen unmöglich gemacht wird.

Für 1904 sind zum erstenmale Erhebungen über die ohne Streiks verlaufenen Lohnbewegungen gemacht worden. Das Ergebnis dieser Statistik wird voraussichtlich bis zum Gewerkschaftskongress veröffentlicht werden können. Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände (Oktober 1904) hat beschlossen, die Streikstatistik dahin zu erweitern, daß der Erfolg des einzelnen Streiks, der in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung eingetreten ist, festgestellt wird, desgleichen die bei verloren gegangenen Abwehrstreiks eingetretene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Durch diese Feststellungen, in Verbindung mit der Statistik über die Lohnbewegungen, dürften wir zu einer Uebersicht über die alljährlich eintretenden Veränderungen der Dauer der Arbeitszeit und der Höhe der Löhne kommen, wie sie in England amtlicherseits in Verbindung mit den Gewerkschaften seit einem Jahrzehnt alljährlich gegeben wird. In England kam die Anregung von der amtlichen Stelle, in Deutsch-

Maria Iwowna Berditschewskaja.

Die revolutionären Bewegungen, welche Rußland seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts erschütterten, gehören zu den glänzendsten Ruhmesblättern in der Geschichte des weiblichen Geschlechts. Sie zeichnen sich vor den Freiheitskämpfen aller Länder durch die hervorragende Beteiligung der Frauen aus. In ihren verschiedenen Phasen sind Frauen in den vordersten Reihen der Kämpfer für eine bessere Zeit gestanden. Und die russischen Revolutionärinnen haben im Dienste ihrer Ideale eine Kühnheit des Geistes, eine Kraft des Willens, eine Reinheit der Gesinnung und Größe der Opferfreudigkeit bewiesen, die sie als Ebenbürtige neben die mutvollsten Helden des Altertums, die selbstverleugnendsten Märtyrer der christlichen Religion stellen. So war es in den Zeiten der utopistisch träumerischen Propaganda, als Hunderte von Frauen und Männern Verwandte und Freunde verließen, Beruf und Glück hinter sich warfen und als Verkündiger der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit „unter das Volk“ gingen. So war es in der furchtbar heroischen Periode des Terrors, als ein kleines Häuflein Todeskühner auf Leben und Tod mit den Stützen und Trägern des absolutistischen Regiments kämpfte. So ist es heute, wo das von der Sozialdemokratie zum Klassenbewußtsein gerufene Proletariat als entscheidende Hauptmacht im Kampfe gegen den Absolutismus steht. Was die russische Sozialdemokratie geworden ist und geleistet hat, das ist seit dem ersten Tage ihrer Existenz auch mit Frauenwert.

Nur etwas Selbsterständliches ist es da, daß sich unter den Märtyrern des unvergeßlichen 22. Januar auch eine angesehene, unermüdete Genossin befindet: Maria Iwowna Berditschewskaja. Nicht als Zufallsopfer des mordgierigen Despotismus ist sie, 26 Jahre alt, gefallen, sondern als bewußte Kämpferin, die aus klarer Erkenntnis und in freiem Willen ihr Leben für die Freiheit des Volkes in die Schanze schlug. Sie befand sich mitten unter den tapferen Petersburger Arbeitern, welche die ruchlose Niedermordung der friedlichen, vertrauensseligen Manifestanten mit dem Bau von Barrikaden beantworteten, die der Gewalt des bluttriefenden Absolutismus die Gewalt des revolutionären Proletariats entgegenstellten.

Maria Iwowna Berditschewskaja hat schon als Kind die starke, befreiende Luft revolutionärer Ideen eingeatmet. Ihr um vieles älterer Bruder war ein bekanntes Mitglied der alten terroristischen Narodnaja Wolja. Er war 1885 an dem mißlungenen Ueberfall auf die Charkower Post beteiligt und erschloß sich dabei, um den zarischen Genfern zu entgehen. Der Tod des Bruders hat ohne Zweifel mächtig auf die Seele Maria Iwownas gewirkt, hat sie mit glühender Sympathie für die revolutionären Kämpfe und mit der Ueberzeugung erfüllt, daß das Leben der Güter höchsten nicht ist. Schon als ganz junges Mädchen wurde sie eine eifrige Befürworterin sozialistischer Ideen. Nachdem sie den Feldscher- und Hebammenkursus beendet hatte, widmete sie sich mehr und mehr dem Dienste der Sozialdemokratie, und in den letzten Jahren gab sie sich ihm vollständig hin. Kostlos wirkte sie unter den hundertlei Schwierigkeiten und Gefahren, mit denen die sozialistische

Aufklärungsarbeit in einem Lande verknüpft ist, wo keine Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, keine noch so armelige Volksvertretung existiert, wo selbst der Gedanke geächtet und gemordet wird. Mehr als einmal hefteten sich die Sächer an ihre Herzen, in Kasan und später in Saratoff war sie verhaftet. Nach jedem Ungewitter stand sie unverzagt wieder in den vordersten Reihen der Kämpfenden. Ihre leidenschaftliche Hingabe an die Sache der Freiheit und ihre außergewöhnliche Energie machten tiefen Eindruck auf alle, die sie kannten. Nicht allein im Kreise der Freunde, auch bei den Gegnern genoß sie hohe Achtung.

Als am 22. Januar die Flamme der Revolution hoch emporloste, war sie auf ihrem Posten unter den Barrikadenkämpfern. Aus vier Wunden blutend brach sie zusammen. Die im Krankenhaus verjuchte Operation blieb erfolglos. Auf ihrem Schmerzenslager wiederholte die Sterbende mehrmals: „Keinen Augenblick bereue ich, auf die Barrikaden gegangen zu sein.“ Diese Worte flüsteren noch ihre Lippen, als sie kurz vor dem Tode aus schwerer Bewußtlosigkeit zu voller Besinnung erwachte.

Das Blut Maria Iwowna Berditschewskajas ist für die Freiheit geflossen, die für das russische Volk unter Stürmen und Gewittern zu dämmern beginnt, von denen ein frischer, kräftiger Hauch über das Proletariat der ganzen Welt weht. Das internationale Proletariat senkt bewundernd und dankbar grüßend seine Fahnen vor dieser Märtyrerin, wie vor allen heldenmütigen Blutzügen der revolutionären Kämpfe in Rußland.

land wird die amtliche Stelle vielleicht nach einem Jahrzehnt den Gewerkschaften mit solchen Erhebungen folgen, wie es bezüglich der Streikstatistik geschehen ist.

Den Beamten der Zweigvereine der Zentralverbände kann nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden, daß sie bemüht sein müssen, den Zentralvorständen rechtzeitig das Material für diese Statistiken zu übermitteln und ihre Feststellungen so zu machen, daß sie einwandfrei sind und Rückfragen entbehrlich werden. Nur dann, wenn die Beamten der Zweigvereine gewissenhaft und eifrig ihre Arbeit erledigen, ist es möglich, eine brauchbare Statistik zu erhalten.

Die Statistiken über die Stärke der Gewerkschaftskartelle und die Arbeitersekretariate sind in bisheriger Weise fortgeführt. Die erstere Statistik soll für das Jahr 1904 und später auch auf die Ausgaben der Zweigvereine ausgedehnt werden und richten wir an die Zweigvereinsleiter das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Zentralvorständen die nötigen Angaben gemacht werden.

Von der Generalkommission wurde im letzten Jahre ein Regulative für die Gewerkschaftskartelle ausgearbeitet und den Kartellen in entsprechender Anzahl zur Verfügung gestellt. Das Regulative sollte den Kartellen Anweisung geben, wie die Kartell-Organisation eingerichtet werden muß, um nicht als Verein im Sinne der Vereinsgesetze zu gelten. Die Bestimmungen wurden nach den Grundzügen aufgestellt, die nach den Entscheidungen des Kammergerichts zurzeit Geltung haben. Ein in Kottbus von der Behörde unternommener Versuch, das nach dem Regulative eingerichtete Kartell als „Verein“ zu behandeln, hatte keinen Erfolg. Auf eingelegte Beschwerde hin erkannte die Polizeibehörde in Kottbus an, daß das Kartell kein Verein sei.

Der Gewerkschaftsausschuß hielt im verflorenen Jahre 5, die Generalkommission 49 Sitzungen ab.
Berlin, 1. März 1905.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Vorsitzender.

Rassenbericht.
Ein Vergleich der Abrechnung des Jahres 1904 mit der des Jahres vorher zeigt, daß Einnahme und Ausgabe nicht unbedeutend gestiegen ist. Die Reineinnahme beträgt im letzten Jahre 154.716,14 Mk., ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 61.226,66 Mk. Diese Mehreinnahme ergibt sich in erster Linie aus der vom letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen Erhöhung der Beiträge, die im Berichtsjahre zum erstenmal voll zur Geltung kommt. Auch die in fast allen Verbänden vor sich gegangene Steigerung der Mitgliederzahl trägt wesentlich zu dem günstigen Resultat bei. Außerdem haben einige Organisationen, die mit ihren Beiträgen für längere Zeit im Rückstande waren, im verflorenen Jahre nachgezahlt. Das Zusammentreffen dieser Umstände hat es verursacht, daß im letzten Jahre die Einnahme an Beiträgen ziemlich hoch ausgefallen ist.

Die Ausgabe beträgt 94.182,58 Mk., sie übersteigt die des Jahres vorher um 7.794,93 Mk. Doch sind die Druckkosten des „Correspondenzblattes“ nur für drei Quartale in der Abrechnung enthalten. Die Kostenrechnung für das vierte Quartal in Höhe von 7.008,18 Mk. ging erst ein, nachdem die Bücher bereits abgeschlossen waren, so daß dieser Betrag nicht mehr zur Verrechnung kommen konnte. In Wirklichkeit stellt sich also die Gesamtausgabe um rund 100 Mk. höher, als in der Abrechnung angegeben ist. Die einzelnen Ausgabenposten sind fast durchweg fortlaufend. In diesem Jahre ist die höhere Ausgabe durch Einsetzung mehrerer Agitationskommissionen mit beforderten Vertrauensleuten. Die Agitationskommission für die Provinz Posen und den südlichen Teil der Provinz Westpreußen mit dem Sitz in Bromberg wurde zu Beginn des Jahres 1904 eingesetzt. Dem folgte die Errichtung des Arbeitersekretariats in St. Johann, dem gleichfalls eine Agitationskommission angegliedert ist, am 1. Juli des verflorenen Jahres. Mit dem 1. Oktober begann die Agitationskommission für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, mit dem Sitz in Elbing, ihre Tätigkeit. Die Ausgaben für die beiden letzten Institute zusammen dürften sich im laufenden Jahre noch um zirka 6000 Mk. erhöhen, weil die Aufwendungen, die im vergangenen Jahre dafür gemacht wurden, sich nur auf ein halbes bzw. Vierteljahr erstreckten. Rechnet man außerdem mit der weiteren Anstellung eines Sekretärs für das Zentralarbeitersekretariat, was kaum noch zu umgehen sein dürfte, so wird die Gesamtausgabe im laufenden Jahre, ausschließlich der Kosten, welche event. durch Beschaffung von Versammlungslokalen entstehen, mindestens die Höhe von 112.000 Mk. erreichen. Die Bilanz schließt mit 217.677,80 Mk. ab, bei einem Kassenbestand von 123.494,22 Mk. ab.

Die Tabak-Erbschaftsteuer.

Das Rätsel, das der Freiherr v. Stengel der Budgetkommission des Reichstags aufgegeben hat, entpuppt sich, sofern man den offiziös bedienten Münchener Neuesten Nachrichten glauben kann, als ein Scherzrebus. Während nämlich alle Welt sich darüber den Kopf zerbricht, wie die große

Reichsfinanzreform unter Zuhilfenahme der Kräfte des Besitzes oder durch neue Besteuerung des Massenkonsums zu Ende gebracht werden soll, ergibt sich, daß beide Lösungsversuche gleich richtig und gleich unrichtig seien. Eine Anekdote läßt den Streit, ob Knoblauch oder Schokolade ein besserer Nachschick sei, durch einen neuen Salomo wie folgt entscheiden: „Knoblauch ist gut und Schokolade ist gut; wie gut muß erst Schokolade mit Knoblauch sein.“ Ganz nach diesem salomonischen Kochrezept soll der bayrische Finanzminister verfahren sein; er will das eine tun, ohne das andere zu lassen. Reichserbschaftsteuer und Tabakfabriksteuer — das System der mittleren Linie erlebt in diesem Reformprogramm einen neuen fröhlichen Triumph.

Insofern klingen die Nachrichten, die aus der Heimat unseres Reichsschatzmeisters kommen, durchaus nicht unwahrscheinlich. Selbst wenn sie nicht wahr wären, wären sie doch gut erfunden, um das System der Systemlosigkeit zu kennzeichnen, dem der deutsche Regierungskurs unrettbar verfallen ist. Große prinzipielle Fragen löst man dadurch, daß man keinem Teile ganz recht und keinem Teile ganz unrecht gibt.

Eine Erbschaftsteuer, die nach englischem Muster eingerichtet ist, müßte bei vorsichtiger Schätzung schon in den ersten Jahren etwa 200 Mill. Mark jährlich einbringen; ihre Erträge würden ständig steigen. Die materiellen Mittel, die zur Herstellung einer geordneten Reichswirtschaft notwendig sind, wären also — einige Sparsamkeit vorausgesetzt — in ausreichendem Maße gegeben. Die Pflicht der Einzelstaaten, dem Reiche in seinen Nöten beizustehen, dürfte theoretisch und für äußerste Fälle bestehen bleiben; praktisch würde sie aber nach aller menschlichen Voraussicht in absehbarer Zeit nicht mehr in Anspruch genommen zu werden brauchen.

Das wäre ein einfaches klares Programm gewesen. Jetzt erfährt man aber, daß sich der Reichsschatzmeister mit einer Erbschaftsteuer nicht begnügen will, sondern noch eine Tabakfabriksteuer verlangt. Ein solcher Plan läßt nur zweierlei Deutung zu: entweder soll die Erbschaftsteuer so gering bemessen werden, daß sie keine irgendwie ausreichenden Erträge bietet, sondern nur als ein sozialpolitisches Schönheitspflasterchen dient, oder aber, es ist eine sprunghafte Erhöhung der Reichseinnahmen um ungeheure Summen geplant, was sich nur als finanzielle Vorbereitung zu neuen umfangreichen Marine- und Militärvorlagen erklären ließe. Es liegt aber nicht im Interesse des deutschen Volkes, der Regierung allzuviel Geld in die Hand zu geben, da eine vernünftige Verwendung der bewilligten Mittel von ihr nicht zu erwarten ist. Mehr als einmal hat sich das Reich seit seiner Gründung infolge Erschliefung starker Einnahmequellen in einer wahrhaft glänzenden Finanzlage befunden, und wenn das berühmte Wort Thiellmanns: „Meine Herren, wir schwimmen im Gelde“, zu jener Zeit, zu der es gesprochen wurde, auch längst nicht mehr wahr gewesen ist, so hätte es doch ein paar Jahre zuvor ohne weiteres gelten dürfen. Das Reich aber hat sich noch allemal aus glänzenden Situationen rasch und desto gründlicher heruntergewirtschaftet. Brächte man es dank der unerfahrenen Geduld des Volkes und dem unermüdbaren Bewilligungseifer der bürgerlichen Klassen, soweit es sich nämlich um Massenverbrauchssteuern handelt, wieder zu einem Zustande, bei dem das Reich „im Gelde schwimmt“, so würde es desto rascher wieder auf dem Trocknen sitzen.

Diese Gefahr einer unsinnigen Verschwendungswirtschaft wird durch eine weitere Absicht des Reichsschatzmeisters ins Ungemessene vergrößert; es soll nämlich die Vermehrung der Reichsmittel dazu verwendet werden, um eine vollständige Trennung zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten einzuführen, mit andern Worten: die Einzelstaaten sollen zwar im Bundesrat in die finanzielle Wirtschaft des Reichs mit dreinzureden haben; sie sollen aber an ihr nicht mehr interessiert sein.

Ein Ideal ist das bestehende Kopfsteuerhystem der Ueberweisungen und Matrikularbeiträge gewiß nicht. Aber so lange kein anderes Mittel gefunden ist, um den Einzelstaaten oder den besitzenden Massen ihre Mitverantwortung an der Reichsfinanzwirtschaft fühlbar zu machen, wird man auf das alte nicht verzichten können. Auf die Matrikularbeiträge als einzigen beweglichen Faktor der Reichsfinanzen wird man erst dann nicht mehr zurückzugreifen brauchen, wenn eine bessere, die besitzenden Massen belastende Reichsteuer dafür eingeführt ist. Die Erbschaftsteuer, die mit festen Sätzen rechnet, entbehrt dieser Beweglichkeit; es käme also als Ersatz für die Beitragspflicht der Einzelstaaten nur eine quotierte Reichseinkommensteuer oder Reichsvermögenssteuer in Betracht.

Von derlei Reformen ist aber durchaus nicht die Rede. Statt eine von einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Finanzreform zu schaffen, giebt der Reichsschatzmeister aus allen Programmen das Widrige zusammen zu dem einzigen Zwecke, möglichst viel Geld in den Beutel des Militarismus zu tun. Die Tabakfabriksteuer, die als eine drückende Massenverbrauchssteuer, nicht bloß die Konsumenten, sondern auch die produzierenden Arbeiter der Tabakindustrie schwer schädigt, wird sich auf den allerentschiedensten Widerstand der Sozialdemokratie gefaßt machen müssen. Ander-

seits dürfte die bürgerliche Mehrheit des Reichstags wenig Geschmack an einer Finanzreform finden, die mit der Einführung einer Reichserbschaftsteuer verbunden ist. Die Steuerdiagonale des Herrn Stengel hat also alle Ausflüchte, das Schicksal aller Diagonalen zu erleiden. Sie gehen bekanntlich alle — schief! (Holl. Volksbl.)

Gewerkchaftliches.

Braunschweig (S. A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird erjucht, den Zugang fernzuhalten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Maas hier selbst bestehen Lohnhöherungen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Büren i. Westfalen. Bei der Firma Fr. Sellmann fanden Lohnabzüge und Maßregelungen statt und wolle man deshalb den Ort meiden. Die Bevollm. von Sipplstadt.

Halberstadt. Da hier noch viele Gemäßregelte sind, ist der Zugang bis auf weiteres fernzuhalten.

S. A.: Der Bevollmächtigte.
Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zugang wird gewarnt.

Braunschweig. Infolge von Arbeitsmangel und Maßregelung von 5 Mitgliedern ist Zugang nach hier fernzuhalten. Die Bevollmächtigten.

Neumarkt in Schles. Wegen Maßregelungen bei der Firma Jäger ist der Zugang nach hier fernzuhalten.

Eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie in Berlin ist für den Herbst dieses Jahres in Vorbereitung. Ihr Zweck ist, weitesten Kreisen ein möglichst umfassendes, völlig objektives und anschauliches Bild von den Zuständen in der Hausindustrie und den Verhältnissen der in ihr arbeitenden Bevölkerung zu geben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich Vertreter fast aller Arbeiterorganisationen, in deren Bereich Heimarbeit fällt, zu gemeinsamem Wirken vereinigt: Die freien Gewerkschaften, der Verband christlicher Gewerkschaften und der Verband deutscher Gewervereine (Hirsch-Duncker). Ebenso haben zahlreiche Vertreter bürgerlicher Kreise sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Nach mehreren Vorbesprechungen hat am 22. Februar abends eine von allen beteiligten gut besuchte Sitzung stattgefunden, die ein größeres Kuratorium für die Ausstellungsarbeiten eingesetzt hat. Aus dessen Mitte wurde sodann ein engerer Ausschuss bestellt, dem die Leitung der Vorbereitungen im einzelnen obliegt; er besteht aus folgenden Mitgliedern: Fräulein Behm, Ingenieur Bernhard, R. Dittmann, Prof. Franke, Abg. Goldschmidt, C. Gübsch, Frau Thier, F. Rämig, P. Körner, Fräulein Lüders, Fräulein Salomon, Joh. Sassenbach, R. Schmidt, R. Schulze, Prof. Sommerfeld, Dr. Milbrandt.

Von der amerikanischen Arbeiterbewegung. In den Reihen der amerikanischen Gewerkschaften bereitet sich eine bedauerliche Spaltung vor. Auf den letzten Kongressen der American Federation of Labor hat die Mehrzahl der Delegierten jeweils für die Organisation nach Gewerben ausgesprochen, während von der Minorität die Verschmelzung aller Gewerkschaften zu einer beschränkten Anzahl von Industrieverbänden befürwortet wurde. Die Anhänger der „industriellen Organisation“ (Industrial Union, im Gegensatz zur Trade Union) haben nun für Juni d. N. nach Chicago einen allgemeinen Arbeiterkongress einberufen, auf dem die Trennung der beiden Richtungen erfolgen soll. Das zu diesem Zweck herausgegebene Manifest ist von den Vertretern der sozialistischen Partei, sowie von solchen der American Labor Union und mehrerer Zentralverbände (Metallarbeiter, Bäcker, Brauer usw.) unterzeichnet. Es wird die Bildung eines allgemeinen Arbeiterverbandes vorgeschlagen, wodurch die nötige Einigkeit den Unternehmern gegenüber zu erzielen gehofft wird. Innerhalb dieses Verbandes sollen lokale und nationale gewerbliche Gruppen gebildet werden. Es würde da eine Organisationsform bestehen, die mit den Knights of Labor die nächste Ähnlichkeit hätte. In dem Manifest heißt es, daß durch die jetzigen Gewerkschaften den Unternehmern nur die Bildung von Monopolen und die Erhöhung der Preise erleichtert wurde. Beweise hierfür werden allerdings nicht erbracht. Es wird weiter gesagt, manche Gruppen von Arbeitern haben wohl eine Besserung ihrer Lage erzielt, aber damit nur bezweckt, daß andern Gruppen das Leben schwerer gemacht wurde. Sonderbar ist die Bemerkung des Manifests, daß die bestehenden „Gewerkschaften bei den organisierten Arbeitern die Idee der Interessengemeinschaft mit den Unternehmern gefördert“ habe. Aus dem ganzen Zusammenhang geht hervor, daß die Unterzeichner keine Sympathien für die mächtig aufstrebende Tarifbewegung empfinden, die ohne Zweifel auch unter der „Interessengemeinschaft mit den Unternehmern“ verstanden sein soll. — Die Organe der meisten Zentralverbände stehen dem Plane zur Gründung der Industrial Union ablehnend gegenüber. Da sich aber Vertreter bedeutender Gewerkschaften an dieser Bewegung beteiligen, so ist kaum zu bezweifeln, daß die amerikanische Arbeiterbewegung einer Periode heftiger innerer Kämpfe entgegengeht — an denen ihre Geschichte ohnehin reich ist —, die aber nur zum Schaden beider Teile ausfallen können. Nicht Spaltung, sondern nur Einigung kann vorwärts führen!

Gelegenheitskauf!
Wegen Aufgabe meiner Fabrikation verkaufe ich sämtliche Utensilien, als: Formen (neueste Fassons), verschiedene Pressen und sonstige Bedarfartikel zur Zigarrenfabrikation zu niedrigsten Preisen.
Marie verw. Kerl, Grtz (Wogtl.)
Schloßbergstraße Nr. 3.
Durch die Expedition des **Tabakarbeiters** in Leipzig, Tauhaerstraße 19/21, kann die Broschüre **Die Internationale** eine Denkschrift zur 40jährigen Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation von **Gustav Jaeckh** jetzt auch elegant gebunden, und zwar zum Preise von 2 Mk., bezogen werden. Prospekt kostet dieselbe 1.50 Mk. (Porto 20 Pfg.).

Patentverkauf oder Lizenzerteilung!
Der Inhaber der D.R.-P. Nr. 130689, „Vorrichtung für Zigarrenwickelmaschinen zur Herstellung der Tabakeinlage“, Nr. 142912, „Vorrichtung f. Zigarrenwickelmaschinen zum Aufbringen d. Deckblatts auf d. Wickeltuch“ u. Nr. 142913, „Vorrichtung f. Zigarrenwickelmaschinen zum Spannen des Wickeltuchs“ wünscht seine Patentrechte a. inländ. Fabrikanten abzutreten bezw. letzteren Lizenz zur Fabrikat. zu erteil. u. bittet, gef. Anerb. an d. Patentbureau Robert R. Schmidt, Inb. Patentanwalt Paul Müller, Berlin SW. II, Königgräßer Straße 70, gelangen zu lassen.
Durch die Expedition des **Tabakarbeiters**, Leipzig, Tauhaerstr. 19/21, kann bezogen werden:
Fritz Reuters sämtliche Werke.
Zwei Pracht-Bände, zusammen 3.50 Mk. Porto 50 Pfg.

Hienfong Essenz
extraktart. für Wiederverkäufer, 1 Dugend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, kostenfrei überalhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**
Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter **Franz Sittiger** aus Weß befindet, werden erjucht, dessen Abreise Unterzeichnetem zukommen zu lassen. Porto wird vergütet. **Friedr. Güntheroth, 1. Bev. Verden a. Aller, Mühlentor Nr. 19.**
Ernst Handrick aus Bange, wo steht Du? Um Deine Abreise bittet **P. Sohan, Bange i. S., Kesselstr. 8.** Ersuche hiermit den Zigarrenmacher **Otto Hasper** aus Grten (Kreis Rinteln), mir seine Abreise zukommen zu lassen. **H. Gröppel, Lage i. L.**
Adolf Leske, um Deine Abreise bittet **Hermann Reip, Hildesheim, Gölchenstraße Nr. 11.**

Unseren Freund u. Kollegen **Moritz Mendel** zu seinem am 19. März stattfindenden 69. Wiegenfest die herzgl. Glückw. Seine Freunde M. S., M. S., C. S. in Seesen.
Codes-Anzeigen.
Am 26. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden der Zigarrenmacher **Heinrich Dreller** aus Dudenstedt im 42. Lebensjahre. Er war Mitglied beider Kassen und mehrere Jahre unser 2. Bevollmächtigter. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlst. Halberstadt.**
Am 7. März starb nach langem Leiden unser Kollege und Verbandsmitglied **Reinhold Barwisch** im Alter von 26 Jahren. Leicht sei ihm die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Kollegen und Genossen der Zahlstelle Ohlau.**

Am 6. März starb nach dreijähriger schwerer Krankheit das Mitglied **Franz Hartwig** aus Roblung im Alter von 60 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Verden.**
Am 7. März d. J. starb nach langem, schwerem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Reinhold Barwisch** im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Ohlau.**
Am 8. März starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **Hans Knäulein** aus Uschab im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Uschab.**
Griefschaften.
R. S., Grtz 2.75 Mk. — M. M., Hildesheim 30 Pfg. — P. S., Bange 80 Pfg. — C. G., Lage 40 Pfg. — R. S., Seesen 50 Pfg.